

Ariadne-Analyse

Klimaschutz im richtigen Mix? Gesellschaftliche Präferenzen für Politikmixe und deren Finanzierung

Ergebnisse aus Deliberation und Survey-
Experiment

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Forschung, Technologie
und Raumfahrt

Autorinnen und Autoren



» Benita Ebersbach
RIFS – Forschungsinstitut für
» Nachhaltigkeit | am GFZ



» Katja Treichel-Grass
Potsdam-Institut für Klimafolgen-
forschung



» Karolina Rütten
Potsdam-Institut für Klimafolgen-
forschung



» Dr. Tobias Haas
RIFS – Forschungsinstitut für
» Nachhaltigkeit | am GFZ



» Dr. Maximilian Kellner
Potsdam-Institut für Klimafolgen-
forschung

Wir möchten uns ganz herzlich bei allen teilnehmenden Bürgerinnen und Bürgern für ihre Zeit und ihre Offenheit und die vielen lebhaften Diskussionen und wertvollen Rückmeldungen bedanken.

Unser besonderer Dank für die gute Zusammenarbeit und professionelle Umsetzung geht an das Team von ifok GmbH; insbesondere an Julia Hoffmann und Daniela Steidle. ifok organisierte die Zufallsauswahl, Durchführung und Moderation der Bürgerkonferenzen und Online-Dialoge.

Nicht zuletzt danken wir unserer Kollegin Paula Schöberlein für die konstruktiven Anmerkungen im Reviewprozess.

Dieses Papier zitieren:

Benita Ebersbach, Katja Treichel-Grass, Karolina Rütten, Tobias Haas, Maximilian Kellner (2026): Klimaschutz im richtigen Mix? Gesellschaftliche Präferenzen für Politikmixe und deren Finanzierung. Ergebnisse aus Deliberation und Survey-Experiment. Kopernikus-Projekt Ariadne, Potsdam.

<https://doi.org/10.48485/pik.2026.35>

Herausgegeben von
Kopernikus-Projekt Ariadne
Potsdam-Institut für Klimafolgen-
forschung (PIK)
Telegrafenberg A 31
14473 Potsdam

Oktober 2026

Kontakt zu den Autorinnen und Autoren: Benita Ebersbach, benita.ebersbach@rifs-potsdam.de

Die vorliegende Ariadne-Analyse wurde von den oben genannten Autorinnen und Autoren des Ariadne-Konsortiums ausgearbeitet. Die Analyse spiegelt nicht zwangsläufig die Meinung des gesamten Ariadne-Konsortiums oder des Fördermittelgebers wider. Die Inhalte der Ariadne-Publikationen werden im Projekt unabhängig vom Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt erstellt.

Inhalt

Kernbotschaften	2
1 Einleitung	4
2 Durchführung und Methode von Deliberation und Survey-Experiment	7
2.1.1 Auswahl und Zusammensetzung der Teilnehmenden in der Bürgerdeliberation.....	7
2.1.2 Methode der Bürgerdeliberation und eingesetzte Deliberationsmaterialien	9
2.1.3 Prozess der Bürgerdeliberation	12
2.1.4 Durchführung des Survey-Experiments.....	15
3 Bürgerperspektiven auf die Politikmixe	18
3.1.1 Erster Online-Bürgerdialog 2025.....	18
3.1.2 Zweiter Online-Bürgerdialog 2026	28
3.1.3 Zusammenfassung der Ergebnisse der Online-Bürgerdialoge.....	31
4 Ergebnisse des Survey-Experiments	36
5 Synthese der Ergebnisse aus Deliberation und Survey-Experiment	38
6 Fazit	42
Literatur	46
Anhang	49
Anhang A – Die Instrumentensteckbriefe	49
Anhang B – Politikinstrumente und deren Verteilungswirkung	50
Anhang C – Darstellung der durchschnittlichen monatlichen Mehrkosten je Politikmix	51
Anhang D – Beispielhaushalte (Personas)	53
Anhang E – Berechnung der Emissionseinsparungen	54

Kernbotschaften

Deutschland steht vor der Herausforderung, klimapolitische Maßnahmen zu finanzieren und zu implementieren, um seine Klimaziele zu erreichen. Das Ariadne-Projekt liefert Einblicke in die Präferenzen der Bevölkerung zu klimapolitischen Maßnahmenkombinationen und dahinterliegenden Argumentationslinien. Zur Diskussion standen Maßnahmenmixe aus CO₂-Bepreisung, Förderprogrammen finanziert über verschiedene Steuererhöhungen und Staatsverschuldung.

- Bürgerinnen und Bürger bevorzugen einen ausgewogenen Politikmix statt einzelner klimapolitischer Instrumente.

Weder ein hoher CO₂-Preis noch ein ausschließlicher Fokus auf Förderprogramme stoßen auf breite Zustimmung. Vielmehr wird eine Kombination aus CO₂-Bepreisung und Fördermaßnahmen – finanziert über moderate Steuererhöhungen – bevorzugt, um ökologische Wirksamkeit und soziale Gerechtigkeit miteinander zu verbinden.

- Soziale Gerechtigkeit ist ein zentraler Maßstab für die Akzeptanz von Klimapolitik.

Die Unterstützung klimapolitischer Maßnahmen hängt entscheidend davon ab, wie Belastung und Kompensation verteilt werden. Sozial gestaffelte Förderprogramme, Klimageld und eine stärkere Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit erhöhen die Akzeptanz deutlich.

- Die Finanzierung entscheidet maßgeblich über die Akzeptanz klimapolitischer Maßnahmen.

Eine Finanzierung von Förderprogrammen über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer wurde überwiegend abgelehnt, während Finanzierungsoptionen wie ein Klimasoli oder eine Vermögensteuer deutlich höhere Zustimmung erhielten. Bürgerinnen und Bürger bevorzugten Finanzierungsmodelle, die als gerecht wahrgenommen werden und Bevölkerungsgruppen mit höherem Einkommen und Vermögen mehr belasten.

- Förderprogramme bleiben auch bei Transparenz über ihre Kosten ein zentraler Bestandteil akzeptierter Klimapolitik.

Sowohl in einem für die deutsche Bevölkerung repräsentativen Online-Experiment als auch in Bürgerdialogen wurden Fördermaßnahmen trotz ihrer vergleichsweise hohen CO₂-Vermeidungskosten als notwendig angesehen, um Haushalte bei der Transformation zu unterstützen. Die Ergebnisse zeigen, dass Präferenzen nicht allein durch Kosten bestimmt werden, sondern wesentlich von Gerechtigkeitsüberlegungen geprägt sind.

- Deliberative Beteiligungsformate liefern einen wichtigen Mehrwert für die Gestaltung von Klimapolitik.

Der Austausch von Informationen und Argumenten ermöglichte differenziertere Bewertungen klimapolitischer Instrumente, machte die Gründe hinter Präferenzen sichtbar und verdeutlichte den hohen Informationsbedarf der Teilnehmenden. Deliberation ergänzt repräsentative Befragungen, indem sie Wertvorstellungen, Zielkonflikte und Kompromisslinien offenlegt und damit eine fundiertere Grundlage für eine gesellschaftlich tragfähige Klimapolitik schafft.

1 Einleitung

Deutschland steht vor der Herausforderung, die im europäischen Klimagesetz und im Bundes-Klimaschutzgesetz verankerten Klimaziele zu erreichen und in weniger als 20 Jahren klimaneutral zu werden. Dafür stehen der Bundesregierung unterschiedliche klimapolitische Instrumente zur Verfügung – darunter Förderprogramme, CO₂-Bepreisung und ordnungsrechtliche Maßnahmen. Diese Instrumente unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich ihrer Wirksamkeit für den Klimaschutz, sondern auch in ihren finanziellen Auswirkungen auf Staat, Unternehmen und private Haushalte. Entsprechend rückt zunehmend die Frage in den Mittelpunkt, wie die Kosten der Transformation finanziert und zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen aufgeteilt werden sollen.

Die Debatte um die staatliche Finanzierung des Klimaschutzes hat in den vergangenen Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. So wurde 2021 von der Ampel-Regierung der Klima- und Transformationsfonds (KTF) erweitert, um neben Klimaschutzmaßnahmen auch Investitionen in die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu finanzieren. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom November 2023 zur unzulässigen Umwidmung von Corona-Kreditermächtigungen in den KTF fehlten dem Fonds plötzlich 60 Milliarden Euro. Das Urteil verschärfte damit die Frage nach der langfristigen Finanzierung von Klimaschutz- und Transformationsmaßnahmen. Neben der Förderung klimafreundlicher Heizsysteme und Gebäudesanierungen sowie dem Ausbau klimafreundlicher Mobilität werden unter anderem Privathaushalte und Unternehmen aus diesen Mitteln durch die Übernahme von Netzentgelten entlastet¹. Im Jahr 2025 wurde mit dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) in Höhe von 500 Milliarden Euro eine weitere, schuldenfinanzierte Quelle eröffnet, welche in die Modernisierung der Infrastruktur für Verkehr, Krankenhäuser, Energie, Bildung und Betreuung, Forschung und Entwicklung, Bauen und Wohnen und die Transformation Deutschlands zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Volkswirtschaft investiert werden soll. Davon fließen 100 Milliarden Euro in den KTF².

¹ Bundesministerium der Finanzen (2026a)

² Bundesministerium der Finanzen (2026b)

Unter der Betrachtung von Klimaschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe stehen Fragen der sozialen Gerechtigkeit, der Generationengerechtigkeit sowie des Spannungsverhältnisses zwischen Kosteneffizienz und gesellschaftlicher Akzeptanz im Mittelpunkt der politischen Diskussion. Forschung und Umfragen zeigen dabei übereinstimmend, dass die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland ambitionierteren Klimaschutz unterstützen, wenngleich jüngere Studien einen rückläufigen Trend anzeigen³. Die gesellschaftliche Unterstützung für einzelne klimapolitische Maßnahmen hängt dabei nicht nur davon ab, ob diese als wirksam wahrgenommen, sondern auch ob die entstehenden Kosten und Nutzen für verschiedene Bevölkerungsgruppen als fair angesehen werden⁴. Nachvollziehbarkeit und Transparenz in politischer Kommunikation und Entscheidungsfindung können weiter dazu beitragen, (prozedurale) Fairnesswahrnehmungen und damit Akzeptanz zu steigern⁵. Die Bürgerdeliberation als spezifische Form der Bürgerbeteiligung ermöglicht dabei – durch die Bereitstellung von Expertenwissen, den Austausch von Argumenten und die gemeinsame Abwägung von Zielkonflikten – eine Suche nach gemeinsam tragfähigen Lösungen für die Finanzierung von Klimaschutz. Sie erschließt Wissen darüber, welche konkreten Kompromisse Bürgerinnen und Bürger bei komplexen Fragestellungen akzeptieren würden und kann im Verlauf Einschätzungen verändern. Die Deliberation folgt dabei einer anderen Logik als die demokratische Entscheidungsfindung über Mehrheiten. Ziel ist nicht, eine Mehrheitsmeinung zu finden, sondern im Austausch vor dem Hintergrund unterschiedlicher individueller Perspektiven Abwägungen über die besten Argumente zu treffen.⁶ Die Klimaschutzfinanzierung ist dabei besonders als Deliberationsobjekt geeignet, da die Bewertung der Maßnahmen maßgeblich von ihrer Ausgestaltung und wahrgenommenen Verteilungswirkung abhängt. Vor diesem Hintergrund wurde in den Bürgerdialogen des Kopernikus-Projekts Ariadne untersucht, welche Kombinationen klimapolitischer Instrumente und Finanzierungsmodelle von der Bevölkerung bevorzugt werden und welche Gerechtigkeitsvorstellungen diesen Präferenzen zugrunde liegen. Hierzu wurden die Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger in einem Survey-Experiment systematisch erhoben und anschließend in Bürgerdeliberationen vertieft. Während das Experiment Aussagen

³ Ebersbach et al. (2026), Gies und Deutschmann (2026), Dechezleprêtre et al. (2025)

⁴ Grelle und Hofmann (2024)

⁵ Dechezleprêtre et al. (2025), Kellner et al. (2025)

⁶ Frick und Huwe (2020)

darüber ermöglicht, welche Instrumentenkombinationen mit unterschiedlichen Finanzierungsbedarfen auf mehrheitliche Zustimmung in einer großen, repräsentativen Stichprobe stoßen, liefern die deliberativen Dialoge Einblicke in die zugrunde liegenden Argumente, Abwägungen und Gerechtigkeitsvorstellungen der Bürgerinnen und Bürger. Dieser Bericht bietet neben einem Überblick über den Prozess der im Rahmen des Kopernikus-Projekts Ariadne durchgeführten Bürgerdeliberation eine Synthese der Ergebnisse aus quantitativer Umfrageforschung und qualitativen, dialogorientierten Methoden. Ziel ist es, besser zu verstehen, unter welchen Bedingungen Klimapolitik als gesellschaftlich tragfähig wahrgenommen wird und welche Anforderungen Bürgerinnen und Bürger an die Umsetzung, Finanzierung und Verteilung der Kosten des nachhaltigen Wandels stellen.

2 Durchführung und Methode von Deliberation und Survey-Experiment

2.1.1 Auswahl und Zusammensetzung der Teilnehmenden in der Bürgerdeliberation

Ein zentrales Element des Kopernikus-Projekts Ariadne ist die Bürgerdeliberation, die zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger zur Beratung über wissenschaftsbasierte Handlungsoptionen zur Gestaltung der Energie- und Klimapolitik mehrmals und in verschiedenen Themenbereichen zusammenbrachte.

Die Rekrutierung der Teilnehmenden erfolgte in Abstimmung mit der Projektleitung durch die ifok GmbH. Für die Ariadne-Bürgerdeliberation wurden mindestens 150 Personen gesucht, jeweils 50 pro Themenbereich (Wärme, Verkehr, Finanzierung). Ziel der stratifizierten Zufallsauswahl war es, die gesellschaftliche Vielfalt Deutschlands möglichst umfassend abzubilden und unterschiedliche Lebensrealitäten und Perspektiven einzubeziehen. Um häufig unterrepräsentierte Gruppen stärker zu beteiligen, wurden bei der Auswahl der Gemeinden gezielt Regionen in Ostdeutschland, Strukturwandelregionen sowie Gebiete mit hohem AfD-Wähleranteil berücksichtigt. Die Ansprache erfolgte über Melderegisterstichproben und aufsuchende Beteiligung in fünf Gemeinden. Teilnehmende der vorangegangenen Ariadne-Bürgerdeliberation von 2020-23 wurden ebenfalls eingeladen. Insgesamt meldeten sich 715 Interessierte zurück. Die endgültige Auswahl erfolgte anhand verschiedener soziodemografischer und themenspezifischer Kriterien, darunter Geschlecht, Alter, Bildungsabschluss, Bundesland, Migrationshintergrund, Einkommen sowie Einstellungen zur Klimapolitik. Die Rekrutierung erfolgte von Januar bis Mai 2024.

Insgesamt nahmen 62 Bürgerinnen und Bürger an den drei Dialogformaten des Themenbereichs zur Finanzierung der Klimapolitik teil. Im Gesamtschnitt entsprachen sie hinsichtlich des Geschlechts, des Alters und des Migrationshintergrunds weitgehend den Verteilungen des Zensus (s. Abbildung 1). Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung zeigten sie jedoch tendenziell leicht progressivere Einstellungen zur Klimapolitik, wobei auch kritische Positionen vertreten waren. So gaben 65 % der Teilnehmenden bei der Registrierung an, dass ihnen das Tempo der Klimapolitik in Deutschland zu langsam sei. In repräsentativen Umfragen lag dieser Anteil bei 44 %⁷. Dagegen bewerteten 23 % der Teilnehmenden das Tempo als zu schnell, verglichen mit 27 % in der Gesamtbevölkerung. Weitere 11 % hielten das Tempo für „gerade richtig“, während dieser Anteil in der Gesamtbevölkerung bei 18 % lag. Hinsichtlich des Nettohaushaltseinkommens waren Teilnehmende aus allen Einkommensquintilen vertreten. Höhere Einkommen waren jedoch überrepräsentiert. Zudem machte ein erheblicher Anteil der Befragten keine Angaben zum Einkommen.

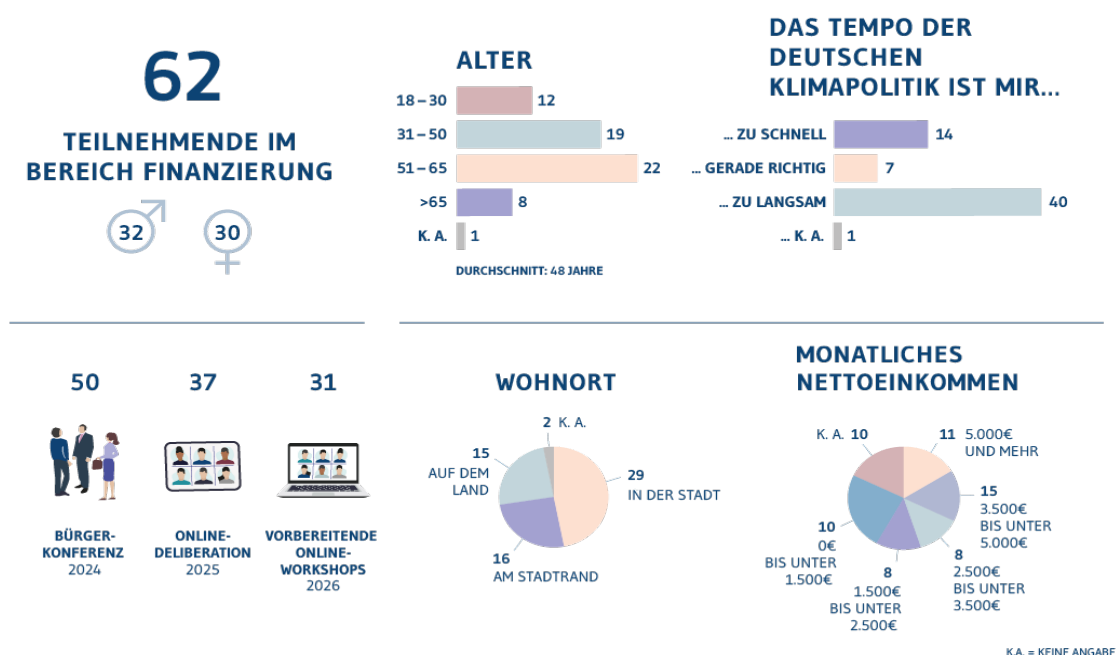


Abbildung 1. Zusammensetzung der Teilnehmenden in der Bürgerdeliberation im Themenfeld „Finanzierung“.

⁷ Ehni (2023)

2.1.2 Methode der Bürgerdeliberation und eingesetzte Deliberationsmaterialien

Der Deliberationsprozess stellt einen strukturierten Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft über wissenschaftlich fundierte politische Handlungsalternativen dar, der gesellschaftliche Wertvorstellungen und Bewertungskriterien sichtbar macht und sich am pragmatisch-aufgeklärten Modell wissenschaftlicher Politikberatung⁸ orientiert (für eine Definition von Deliberation siehe Infobox 1).

Zur Unterstützung des gesamten Deliberationsprozesses kamen vielfältige Medienprodukte zum Einsatz, um die Forschungsthemen zugänglich zu machen und komplexe Zusammenhänge verständlich darzustellen, beispielsweise in Form von Informationsbroschüren, Ausstellungswänden und begleitenden Videos.

Definition von Deliberation

Deliberation bezeichnet eine dialogorientierte Form der Entscheidungsfindung, die auf der Abwägung von Argumenten, Werten und Begründungen beruht. Ziel ist es, unterschiedliche Perspektiven fair zu diskutieren und die überzeugendsten Argumente zur Geltung zu bringen. Voraussetzung hierfür ist die möglichst gleichberechtigte Beteiligung aller Teilnehmenden sowie die aktive Auseinandersetzung mit den Positionen anderer.

Infobox 1. In diesem Bericht genutzte Definition von Deliberation.

Im Ariadne-Bürgerdeliberationsprozess wurde die Verteilungswirkung der Kombination verschiedener Politikinstrumente in den Fokus genommen. Diskutiert wurden die CO₂-Bepreisung, Förderungen und das Ordnungsrecht. Der Staat kann zur Beförderung der klimaneutralen Transformation der Wirtschaft und Gesellschaft diese Politikoptionen in unterschiedlichem Umfang einsetzen (Politikmixe). Im Mittelpunkt der Online-Bürgerdialoge stand die Analyse der Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger für diese Politikmixe zur

⁸ Das pragmatisch-aufgeklärte Modell der Politikberatung nach Edenhofer und Kowarsch (2015) basiert auf der Idee, dass Politikziele und die Maßnahmen, um diese zu erreichen, untrennbar miteinander verbunden sind. Die Wissenschaft darf sich vor diesem Hintergrund nicht darauf beschränken, lediglich den Weg zur Zielerreichung zu beschreiben. Stattdessen muss im Austausch mit verschiedenen Beteiligten eine kritische Reflektion der Abwägung von Maßnahmen zu Zielen erfolgen und ein Raum politischer Optionen aufgespannt werden. Das Modell wurde auf den Austausch von Wissenschaft und Gesellschaft übertragen, indem wertbeladene Fragen mit wissenschaftlichem Anspruch diskutiert wurden und insbesondere die Exploration der Handlungsoptionen im Vordergrund stand.

Erreichung klimapolitischer Ziele. Eine detaillierte Beschreibung der Annahmen in den diskutierten Politikmixin und deren Ausgestaltung findet sich in Infobox 2.

Ausgestaltung der Politikmixe

Allen Politikmixin lag die Annahme zugrunde, dass die Emissionsminderungsziele für 2030 gemäß Klimaschutzgesetz erreicht werden (für Berechnungen zu den Emissionseinsparungen s. Anhang E). Für die Zusammenstellung der Politikmixe wurde weiterhin davon ausgegangen, dass der CO₂-Preis mindestens auf dem Niveau des nationalen Emissionshandels in 2025 von 55 Euro pro Tonne liegt, zusätzliche Einnahmen aus diesem zur Finanzierung von Förderprogrammen eingesetzt werden, Überschüsse als Pro-Kopf-Klimageld ausgezahlt werden und ein etwaiger zusätzlicher Finanzierungsbedarf durch eine Erhöhung des jeweiligen Finanzierungsinstrumentes gedeckt wird. Zusätzlich konnten ordnungspolitische Vorgaben verschärft oder durch weitere ergänzt werden, um die Klimaziele zu erreichen. Eine Erläuterung der Verteilungswirkung der einzelnen Politikinstrumente findet sich in Anhang B – Politikinstrumente und deren Verteilungswirkung.

Politikmix 1 „Hoher CO₂-Preis und geringe Förderung“ war gekennzeichnet durch einen Anstieg des CO₂-Preises von 55 auf 192 Euro pro Tonne, ein geringes Fördervolumen im Umfang von 6 Mrd. Euro pro Jahr und die Auszahlung eines Klimageldes. Bei **Politikmix 2** „Mittlerer CO₂-Preis und mittlere Förderung“ stieg der CO₂-Preis auf 131 Euro pro Tonne an, das Fördervolumen betrug 30 Mrd. Euro. In **Politikmix 3** „Niedriger CO₂-Preis und hohe Förderung“ stieg der CO₂-Preis auf 93 Euro je Tonne und es wurden Förderprogramme im Umfang von 45 Mrd. Euro aufgelegt. Bei all diesen Politikmixin wurde auf weitere ordnungsrechtliche Maßnahmen verzichtet. Bei **Politikmix 4** „Hohe Förderung und Ordnungsrecht“ blieb der CO₂-Preis konstant, Förderprogramme wurden im Umfang von 50 Mrd. Euro aufgelegt und ordnungsrechtliche Vorschriften erlassen, die ein Neuzulassungsverbot für Verbrenner-PKW ab 2030 und den Betrieb von Heizungen mit mindestens 65 % erneuerbaren Energien vorschreiben. Für jeden Politikmix wurden den Teilnehmenden außerdem die monatlichen Mehrkosten und Rückerstattung durch den Politikmix im Vergleich zu den durchschnittlichen Ausgaben eines Durchschnittshaushalts im Jahr 2025 präsentiert. So führte Politikmix 2 beispielsweise zu einer Erhöhung der durchschnittlichen monatlichen Ausgaben für Heizen (Öl & Gas) um 27 Euro, für Mobilität (Benzin & Diesel) um 17 Euro sowie durch die höhere Mehrwertsteuer (21,1 %) um 48 Euro, während keine Rückerstattung über das Klimageld erfolgte. Politikmix 1 hatte im Vergleich die geringsten Mehrkosten für einen Durchschnittshaushalt (mit 51 Euro), während Politikmixe 3 und 4 die höchsten Mehrkosten zu verzeichnen hatten (mit 124 bzw. 125 Euro).

Beim zweiten Bürgerdialog im März 2026 wurden dieselben Politikmixe vorgestellt, allerdings mit abgewandelten Finanzierungsoptionen. Anstatt die Finanzierung der Politikmixe 2, 3 und 4 über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zu bewerkstelligen, wurde die Finanzierung über einen Klimasoli oder eine Wiedererhebung der Vermögensteuer diskutiert. Während der Vermögensteuersatz auf 1 % festgesetzt wurde, variierten die Freibeträge je nach Politikmix zwischen fünf und 20 Millionen Euro. Der Klimasoli wurde auf 3 % der zu entrichtenden Einkommensteuer festgesetzt. Bei Politikmix 1 fand im Vergleich zur ersten Online-Deliberation keine Veränderung statt, da hier kein zusätzliches Finanzierungsinstrument erforderlich ist. Zur Finanzierung von Politikmix 2 war die Einführung des Klimasolis ausreichend, während bei Politikmix 3 zusätzlich eine Vermögensteuer mit einem Freibetrag von 20 Millionen Euro eingeführt werden musste. Bei Politikmix 4 sank der Freibetrag auf 5 Millionen Euro.

Besonderes Augenmerk lag dabei auf den Argumenten, die für oder gegen bestimmte Instrumentenkombinationen sprachen, auf der Bedeutung individueller Kosten sowie dem Einfluss unterschiedlicher Finanzierungsoptionen auf die Wahl des bevorzugten Politikmixes. Zur Strukturierung der Diskussionen wurden drei Materialtypen eingesetzt: Instrumentensteckbriefe erläuterten jeweils den Wirkmechanismus auf die Emissionsminderung für CO₂-Bepreisung, Förderprogramme und Ordnungsrecht sowie die Kosten für private Haushalte und den Staatshaushalt (s. Anhang A – Die Instrumentensteckbriefe). Politikmix-Profile fassten je Mix die Ausprägung der Instrumente und die monatlichen Mehrkosten bzw. Rückerstattungen für einen Durchschnittshaushalt im Vergleich zu dessen Ausgaben 2025 tabellarisch zusammen (s. Anhang C – Darstellung der durchschnittlichen monatlichen Mehrkosten je Politikmix). Beispielhaushalte (Personas) mit unterschiedlichem Vermögen und Einkommen veranschaulichten die individuelle Steuerbelastung durch Vermögensteuer und Klimasoli und machten so die Verteilungswirkung der Finanzierungsoptionen an konkreten Fällen greifbar (s. Anhang D – Beispielhaushalte (Personas)). Die Materialien wurden den Kleingruppen vor der jeweiligen Diskussionsrunde vorgelegt und erläutert.

Die Gruppendiskussionen selbst wurden von erfahrenen und im Vorfeld thematisch eingearbeiteten Moderatorinnen und Moderatoren geführt, die strukturiert durch die Fragestellungen leiteten und auf inhaltliche Rückfragen reagieren konnten. Diskussion und wissenschaftlicher Input fanden im Wechsel statt. Nach der Vorstellung der Politikinstrumente durch die Wissenschaft und der Klärung allgemeiner Fragen im Plenum wurden die Teilnehmenden in Kleingruppen separaten Online-Räumen zugewiesen. Auch in diesen kleinen Runden bestand durchgehend die Möglichkeit für Rückfragen an die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Anschließend wurde die Diskussion entlang der Politikmixe strukturiert. Leitfragen waren dabei unter anderem, ob sowohl die einzelnen Maßnahmen als auch der jeweilige Mix als gerecht wahrgenommen wurde und welche alternativen oder begleitenden ordnungs- oder steuerpolitischen Instrumente gewünscht wurden. Dabei wurde Raum zum Austausch unter den Teilnehmenden gegeben, sodass diese zunächst ihre eigene Wahrnehmung teilen und nachfolgend im Hinblick auf andere Bewertungen reflektieren konnten. Teilnehmende mit wenigen Beiträgen wurden von der Moderation explizit angesprochen, um etwaige Zurückhaltung aufgrund von fehlendem Verständnis

von Unsicherheit über die eigene Position zu trennen. Am Ende jeder Diskussion wurde eine gemeinsame Verständigung angestrebt, ohne dass ein Konsens zwingend erreicht werden musste.

Die Ergebnisaufbereitung der beiden Online-Bürgerdialoge erfolgte anhand von Protokollen sowie Mural-Boards, auf denen die Gruppenergebnisse festgehalten wurden. Zudem führte das Wissenschaftsteam Vorher-Nachher-Befragungen mit den Teilnehmenden zur Bewertung von Politikmaßnahmen durch. Mithilfe einer fünfstufigen Likert-Skala von 1 „stimme gar nicht zu“ bis 5 „stimme voll zu“ und offenen Antwortfeldern konnten Einstellungsveränderungen sowie dazugehörige Begründungen der Teilnehmenden besser nachvollzogen und damit die Auswertung der Online-Deliberationen erleichtert werden.

2.1.3 Prozess der Bürgerdeliberation

Der Prozess erstreckte sich über zwei Jahre, wobei die Inhalte der Veranstaltung schrittweise aufeinander aufbauten und in ihrem Abstraktionsgrad abnahmen. Er umfasste drei Deliberationsveranstaltungen (s. Abbildung 2). Ausgangspunkt war die Präsenz-Bürgerkonferenz zum Auftakt, auf der Gerechtigkeitsfragen und einzelne klimapolitische Maßnahmen eingeführt wurden. Eine inhaltliche Verdichtung erfolgte in zwei jeweils zweiteiligen Online-Bürgerdialogen in den Jahren 2025 und 2026, in denen die konkrete Bewertung einzelner Politikinstrumente und Finanzierungsoptionen sowie deren Kombination zu vollständigen Politikmischen stattfand. Abschließend wurde versucht, sich innerhalb der Kleingruppen auf einen gemeinsam unterstützten Mix zu verständigen. An der Bürgerkonferenz nahmen insgesamt 149 Personen teil, an den Online-Dialogen jeweils knapp 40 Personen, die in vier Kleingruppen diskutierten. Die Teilnahme einer Mehrheit der Personen an allen Veranstaltungen gewährleistete eine hohe Stabilität in der Gruppenzusammensetzung. Dadurch konnten die Teilnehmenden auf ihrem Wissensstand und ihren Argumentationslinien aufbauen.

Zum Abschluss des Prozesses wurde ein Bürgergipfel als themenübergreifende Ergebnisveranstaltung zur Diskussion mit externen Stakeholdern durchgeführt. Insgesamt nahmen 154 Personen teil: 67 externe Gäste inklusive Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, 65 Bürgerinnen und Bürger aus den drei Themenbereichen und 22 Personen aus dem

Projekt Ariadne sowie der Beteiligungsagentur ifok. Im Nachfolgenden werden die Inhalte und Ziele der einzelnen Veranstaltungen detailliert beschrieben.

Veranstaltung 1 – Bürgerkonferenz (Präsenz in Fulda, Juni 2024). Der Auftakt diente dazu, die Grundlage für die Deliberation der folgenden zwei Jahre zu legen. Die Teilnehmenden wurden zunächst über die wirtschaftlichen Risiken des Klimawandels informiert, um ein gemeinsames Verständnis der Handlungsnotwendigkeit herzustellen. Anschließend wurden verschiedene Gerechtigkeitskonzepte eingeführt und die zentralen klimapolitischen Instrumente einzeln gegeneinander abgewogen: CO₂-Bepreisung und Förderprogramme auf der Instrumentenseite, Mehrwert- und Einkommensteuererhöhung sowie Neuverschuldung auf der Finanzierungsseite. Der Fokus lag damit auf der isolierten Bewertung einzelner Optionen⁹.

Veranstaltung 2 – Erster Online-Bürgerdialog (Mai 2025). Die zuvor einzeln diskutierten Instrumente wurden zu vier Politikmischen zusammengeführt, um Wechselwirkungen zwischen den Maßnahmen sowie mögliche Kompromissräume und dazugehörige Argumentationslinien sichtbar zu machen. Die Mixe verknüpften CO₂-Bepreisung, Förderprogramme und Ordnungsrecht für den Verkehrs- und Wärmesektor in unterschiedlicher Gewichtung sowie unterschiedlich starke Erhöhung der Mehrwertsteuer zu deren Finanzierung (s. Tabelle 2). Dabei galt es für die Teilnehmenden abzuwägen, welcher Anteil der Transformationskosten durch welche Bevölkerungsgruppen getragen werden soll und als sozial gerecht wahrgenommen wird. Zusätzlicher Finanzierungsbedarf für die Förderprogramme wurde in Anlehnung an das Survey-Experiment (s. Kapitel 2.4) über Erhöhungen

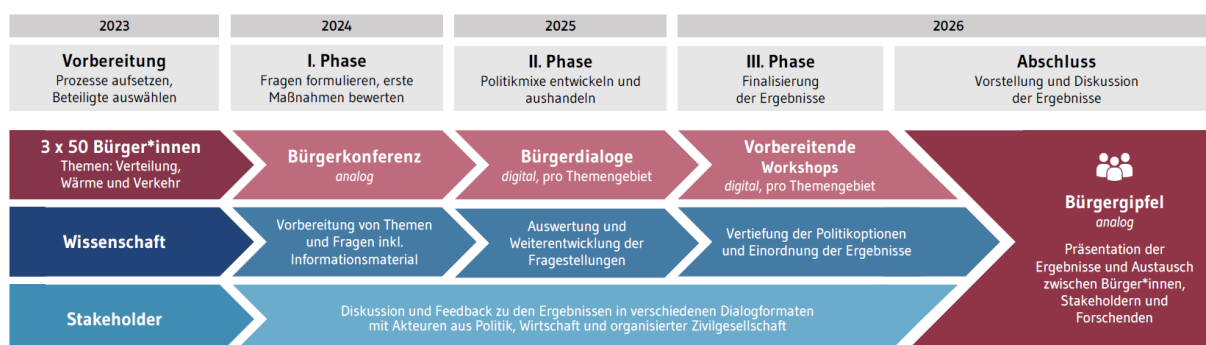


Abbildung 2. Überblick über den Deliberationsprozess.

⁹ Für eine detaillierte Auswertung der Ergebnisse der Bürgerkonferenz siehe Treichel-Grass et al. (2025)

der Mehrwertsteuer gedeckt. Damit wurde explizit ein Instrument zur Diskussion gestellt, das administrativ einfach umsetzbar ist, aber keine Lenkungswirkung entfaltet. Zusätzlich konnten Gerechtigkeitsbedenken über soziale Staffelung der Förderprogramme oder die selektive Auszahlung von Klimageld an einkommensschwächere Haushalte adressiert werden. Damit lag der Fokus der Deliberation auf der individuellen Abwägung zwischen Kosteneffizienz und Verteilungsgerechtigkeit. Es war nicht Gegenstand der Deliberation über das grundsätzliche Ambitionsniveau der Klimapolitik zu diskutieren. In der ersten Sitzung des Online-Bürgerdialogs wurden die Politikmixe durch die Wissenschaft vorgestellt und erste Nachfragen beantwortet. Die zweite Sitzung war der Deliberation gewidmet. Zwischen den beiden Sitzungen erhielten die Teilnehmenden eine Bewertungsmatrix, um vor der Deliberation mit den anderen Teilnehmenden die individuellen Einstellungen zu den Politikmischen abzufragen.

Veranstaltung 3 – Zweiter Online-Bürgerdialog (Januar und März 2026¹⁰). Vor dem Hintergrund der im ersten Online-Bürgerdialog artikulierten Widerstände gegen eine Mehrwertsteuererhöhung diente dieser Schritt der Ausdifferenzierung der Finanzierungsoptionen: Die vier Politikmixe aus dem ersten Online-Bürgerdialog wurden erneut vorgelegt, jedoch wurden Förderprogramme nicht länger über die Mehrwertsteuer, sondern über einen Klimasolidarbeitrag („Klimasoli“) in Höhe von 3 % der Einkommensteuer sowie die Wiedererhebung einer Vermögensteuer von 1 % mit variierenden Freibeträgen finanziert (s. Tabelle 1). Beide Alternativen wirken – anders als die Mehrwertsteuer – sozial progressiv, entfalten aber ebenfalls keine Lenkungswirkung. Durch die ansonsten unveränderten Eigenschaften der Politikmixe bei variierteter Finanzierung lässt sich der Wechsel in den Präferenzen zwischen erster und zweiter Online-Deliberation unmittelbar auf die Finanzierung zurückführen. Wie bereits 2025 diskutierten die vier Kleingruppen mit dem Ziel, sich innerhalb der jeweiligen Gruppe möglichst auf einen Mix zu verständigen.

Veranstaltung 4 – Bürgergipfel (Juni 2026). Abschließend wurden die Ergebnisse aller Veranstaltungen zusammengeführt, in vertiefenden Online-Dialogen aufbereitet und beim

¹⁰ Aufgrund von projektinternen Abhängigkeiten (u.a. iterative Integration der Ergebnisse aus und in Online-Surveys) wurden die Online-Bürgerdialoge im Abstand von ca. einem Jahr geführt.

Bürgergipfel zu gemeinsamen Empfehlungen verdichtet, vorgestellt und mit der interessierten Öffentlichkeit und Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verbänden diskutiert.

2.1.4 Durchführung des Survey-Experiments

Um zu verstehen, wie die Bevölkerung die Kosten für unterschiedliche Klimaschutzinstrumente gewichtet, wurde komplementär zu den Dialogen ein Survey-Experiment durchgeführt. Ziel war es auch hier, die Präferenzen für die Kombination aus CO₂-Bepreisung und Förderprogrammen – finanziert über eine Mehrwertsteuererhöhung – zu erheben, unter der Nebenbedingung, die Klimaziele 2030 zu erreichen (für Berechnungen zu den Emissionseinsparungen s. Anhang E). Das Survey-Experiment maß individuelle Präferenzen einer großen Stichprobe unter kontrollierten Bedingungen. Die Befragten wurden rein zufällig bestimmten Informationstreatments zugeordnet. Dadurch konnte der kausale Effekt von Sichtbarkeit und Höhe der Kosten von CO₂-Preis und Förderprogrammen auf die präferierte Kombination der Instrumente erfasst werden. Die Bürgerdeliberation verfolgte dieselbe Frage mit einer kleinen Gruppe, die informiert, im Austausch mit anderen und mit dem Ziel einer gemeinsamen Verständigung entschied. Während das Experiment zeigte,

POLITIKMIX		FINANZIERUNG DER FÖRDERPROGRAMME	
		DIALOG 2025	DIALOG 2026
1	• Hoher CO₂-Preis 192 €/t → Option: Klimageld • Geringe Förderung (6 Mrd. € / Jahr) → Option: Soziale Staffelung	• CO₂-Preis-Einnahmen	• CO₂-Preis-Einnahmen
2	• Mittlerer CO₂-Preis 131 €/t • Mittlere Förderung (30 Mrd. € / Jahr) → Option: Soziale Staffelung	• CO₂-Preis-Einnahmen + MwSt.-Erhöhung auf 21 %	• CO₂-Preis-Einnahmen + Klima-Soli 3 %
3	• Mäßiger CO₂-Preis 93 €/t • Hohe Förderung (45 Mrd. € / Jahr) → Option: Soziale Staffelung	• CO₂-Preis-Einnahmen + MwSt.-Erhöhung auf 23 %	• CO₂-Preis-Einnahmen + Klima-Soli 3 % + Vermögensteuer 1% (Freibetrag 20 Mio. €)
4	• CO₂-Preis bleibt bei 55 €/t • Hohe Förderung (50 Mrd. € / Jahr) → Option: Soziale Staffelung • Schärferes Ordnungsrecht	• CO₂-Preis-Einnahmen + MwSt.-Erhöhung auf 25 %	• CO₂-Preis-Einnahmen + Klima-Soli 3 % + Vermögensteuer 1% (Freibetrag 5 Mio. €)

Tabelle 1. Politikmixe zur Finanzierung und Umsetzung von Klimapolitik für die Online-Bürgerdialoge 2025 und 2026.

wie Kostentransparenz Präferenzen verschiebt, machte die Deliberation sichtbar, mit welchen Gerechtigkeitsargumenten diese Verschiebung begründet und verhandelt wird. Die Politikmixe der Bürgerdialoge bauten dabei unmittelbar auf der Finanzierungsarchitektur des Experiments auf.

Das Experiment wurde im Juni und Juli 2024 mit insgesamt 3.000 Personen in Deutschland durchgeführt. Erhoben wurde, welchen Mix aus Förderung und CO₂-Bepreisung die Teilnehmenden wählten und ob sie diesen unterstützten. Finanziert wurden Förderprogramme zunächst über die CO₂-Preiseinnahmen, bei zusätzlichem Finanzbedarf über eine Mehrwertsteuererhöhung. Dazu wurden die Teilnehmenden in eine Kontrollgruppe und zwei Treatmentgruppen aufgeteilt. Die Kontrollgruppe erhielt grundlegende Informationen zur Wirkungsweise von CO₂-Bepreisung und Förderprogrammen für grüne Investitionen und bestimmte anschließend die bevorzugte Zusammensetzung eines mit den Klimazielen 2030 kompatiblen Politikmixes. Der Anteil beider Instrumente ließ sich auf einem Schieberegler zwischen 0 und 100 % variieren (s. Abbildung 3): Bei 100 % CO₂-Bepreisung sank der Anteil der Emissionen, der über Förderungen eingespart wurde, auf 0 % und umgekehrt. Abschließend gaben die Teilnehmenden an, ob sie den gewählten Politikmix in einem hypothetischen Referendum unterstützen würden. Die Treatmentgruppen erhielten denselben Informationstext, ergänzt um den Hinweis, dass die Einnahmen aus dem CO₂-

Bitte geben Sie an, in welchem Verhältnis die Klimaziele über einen CO₂-Preis auf fossile Brennstoffe oder Förderung für Klimaschutzende Maßnahmen erreicht werden sollen.

50 %

Klimapolitik nur über Fördermaßnahmen
Klimapolitik nur über einen CO₂-Preis

Auswirkung Ihrer Entscheidung im Vergleich zu 2024 für einen **Durchschnittshaushalt ...**

... mit Gasheizung für Gas	+ 22 € Mehrkosten pro Monat
... mit Ölheizung für Öl	+ 31 € Mehrkosten pro Monat
Der reguläre Mehrwertsteuersatz steigt von 19 %	auf 22,0 % (durchschnittlich ca. 56 € Mehrkosten pro Monat).
Es wird keine pro-Kopf Rückerstattung ausgezahlt.	

Weiter »

Abbildung 3. Beispielhafte Ansicht des Sliders im Experiment für die Treatmentgruppe mit den „teuren“ Förderungen. Der Kontrollgruppe wurde nur der Slider und nicht der hellblaue Info-Kasten zu den Auswirkungen auf einen Durchschnittshaushalt angezeigt.

Preis an die Haushalte zurückerstattet werden können. Zudem wurden sie über die Kosten der Förderprogramme für den Staatshaushalt, die im Experiment über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer finanziert wurden, aufgeklärt. Sie mussten dieselbe Entscheidung wie die Kontrollgruppe treffen, wurden dabei jedoch über eine in Echtzeit aktualisierte Infotafel über die Mehrkosten ihrer gewählten Kombination für einen durchschnittlichen Haushalt informiert. Mit steigendem Anteil der CO₂-Bepreisung stiegen die monatlichen Ausgaben für Öl und Gas, während die Zusatzkosten aus der Mehrwertsteuererhöhung sanken. Bei einem sehr hohen Anteil der CO₂-Bepreisung entfiel die Mehrwertsteuererhöhung, da die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung zur alleinigen Finanzierung der Förderprogramme ausreichten bzw. keine zusätzlichen Förderkosten anfielen. Überschüssige Einnahmen wurden als einheitliches Klimageld an alle Haushalte zurückerstattet. Bei hohem Förderanteil stieg die Mehrwertsteuer entsprechend an (auf maximal 26,6 %). Umgekehrt sanken die Zusatzkosten für Öl und Gas und es wurde kein Klimageld ausgezahlt.

Beide Treatmentgruppen erhielten somit identische Informationen, unterschieden sich jedoch in der Kosteneffizienz der Fördermaßnahmen. In der ersten Gruppe ließ sich eine Tonne CO₂ durch Förderungen zu denselben Kosten einsparen wie durch die CO₂-Bepreisung, in der zweiten lagen die Vermeidungskosten der Förderung fast siebenmal so hoch¹¹. In dieser Gruppe musste die Mehrwertsteuer daher bereits bei einem geringen Förderanteil erhöht werden, da die Mehreinnahmen aus der CO₂-Bepreisung schnell aufgebraucht waren. Ein höherer Förderanteil war für einen Durchschnittshaushalt entsprechend teurer¹².

¹¹ Kalkuhl et al. (2013). Eine Bestandsaufnahme der Förderprogramme im deutschen Wohnungsbau in 2022 zeigt zudem eine große Heterogenität bei den damit verbundenen fiskalischen Kosten. Je nach Programm und Art der Maßnahme sind fiskalische Kosten zwischen 34 und 3.548 Euro pro Tonne CO₂ möglich (Prognos/ifeu/FIW/ITG (2024b, S. 72) und Prognos/ifeu/FIW/ITG (2024a, S. 90)).

¹² Kalkuhl et al. (2026)

3 Bürgerperspektiven auf die Politikmixe

3.1.1 Erster Online-Bürgerdialog 2025

In Vorbereitung auf den ersten Online-Bürgerdialog wurden die Teilnehmenden gebeten, sich bereits im Vorfeld mit den Politikmixen vertraut zu machen, Argumente für oder gegen Mixe zu sammeln und zu bewerten, ob sie diese geeignet finden, um die Klimaziele 2030 sozial gerecht zu erreichen. Dazu erhielten sie kurze Informationen zu den Politikmixen und den möglichen Optionen der Ausgestaltung in tabellarischer Form eine Woche vor dem Online-Dialog. 34 der zu diesem Zeitpunkt zum Online-Dialog angemeldeten 40 Teilnehmenden füllten die Vorabdokumentation aus. Über die Hälfte der Teilnehmenden (59 %) schätzte dabei Politikmix 1 als am geeignetsten für eine sozial gerechte Erreichung der Klimaziele 2030 ein (s. Abbildung 4). Politikmix 2 wurde von den meisten Teilnehmenden als gut geeignet bewertet, während Politikmix 3 und 4 als einigermaßen bzw. am wenigsten geeignet eingeschätzt wurden.

Die anschließende deliberative Auseinandersetzung führte zu einem ähnlichen, wenn auch nuancierteren Ergebnis: Zwei der vier Kleingruppen präferierten den ersten Politikmix, während eine Gruppe Politikmix 2 unter Hinzunahme von ordnungsrechtlichen Maßnahmen bevorzugte. Die vierte Kleingruppe konnte sich nicht auf einen Politikmix einigen, was auf die Schwierigkeit und hohe Komplexität bei der Abwägung von Verteilungswirkungen und damit verbundenen Gerechtigkeitsfragen hindeutet. Dies wird durch die in den Gruppen geführten Diskussionen sowie die individuellen Argumentationslinien untermauert.

Der Politikmix 1 („Hoher CO₂-Preis und geringe Förderung“) wurde vor allem aufgrund der Lenkungswirkung des CO₂-Preises und der damit verbundenen Umsetzung des Verursacherprinzips (wie stark ein Haushalt belastet wird, ist direkt vom individuellen Ausstoß klimaschädlicher Emissionen abhängig) befürwortet. Wie auch auf der Bürgerkonferenz in Fulda betonten die Teilnehmenden, dass die CO₂-Bepreisung die Sensibilisierung der Bevölkerung für klimaschädliches Verhalten erhöhen könne, was in ressourcenschonenderem Verhalten münden könne. Wenn zusätzlich ein Klimageld ausgezahlt würde, beschrieben einige Teilnehmende dieses Instrument als motivierend und als hilfreich für ein Umdenken in der Gesellschaft im Hinblick auf fossile Konsumgewohnheiten.

„Ich fand das gut, mit dem CO₂-Preis, dann weiß man wenigstens was im Alltag klimafreundlich oder klimaschädlich ist. Das hat eine informative Wirkung. Wir haben zwar ein Zeitgefühl, aber kein CO₂-Gefühl.“ Frau mittleren Alters im ersten Online-Bürgerdialog

Gleichzeitig betreffe ein CO₂-Preis alle Bevölkerungsgruppen, wodurch prinzipiell jeder einen Beitrag zum Klimaschutz leisten müsse. Dabei erhalte man grundsätzlich Selbstbestimmung, da man sein Verhalten anpassen könne und nicht für den Lebensstil eines anderen mitbezahlen müsse, wie eine Frau mittleren Alters im ersten Online-Bürgerdialog feststellte. Im Perspektivwechsel zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen wurden diese Aspekte aber auch kritisch betrachtet: Nicht alle Menschen hätten die finanziellen

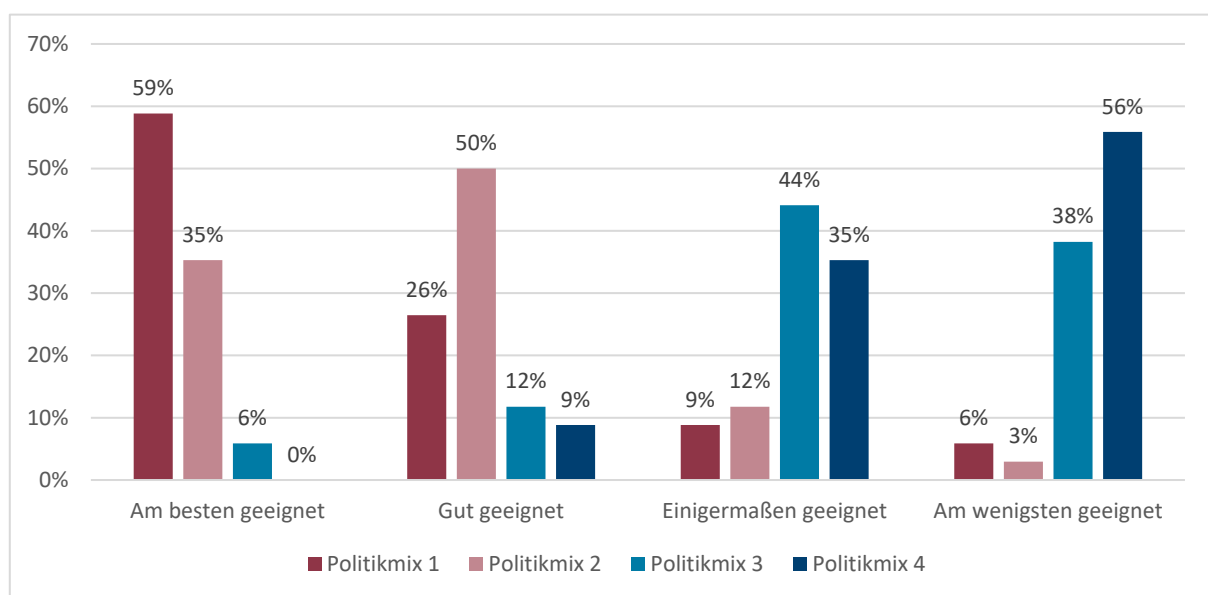


Abbildung 4. Individuelle Bewertung der Politikmixe vor ersten Online-Bürgerdialog (n = 34).

Mittel, um sich einen Umstieg auf erneuerbare Technologien (z.B. E-Auto) leisten zu können. Dadurch wurde ein CO₂-Preis ohne sozialpolitische Flankierung als ungerecht wahrgenommen. Insbesondere auf dem Land lebende Menschen würden aufgrund von PKW-Abhängigkeit und fehlendem ÖPNV übermäßig belastet. Mietende hätten darüber hinaus keinen Einfluss auf das Heizsystem ihres Zuhauses. In Politikmix 1 wurde von einigen Teilnehmenden die Höhe des Klimageldes sowie die der Förderung für klimafreundliche Technologien als zu gering wahrgenommen, um den Umstieg für die Mehrheit der Bevölkerung leistbar zu machen. Ohne alternative Infrastrukturen, die klimafreundliches Verhalten ermöglichen und finanzielle Unterstützung zur Anschaffung klimafreundlicher Technologien geben, sahen viele Teilnehmende die Akzeptanz einer solchen Klimapolitik gefährdet.

„Ein hoher CO₂-Preis könnte schwierig für die Akzeptanz von Klimaschutz sein. Es fehlt an klimafreundlichen, CO₂-neutralen Alternativen (bspw. E-Mobilität für jedermann und bezahlbar).“ Mann mittleren Alters im ersten Online-Bürgerdialog

Weiterhin stellten einige Teilnehmende den tatsächlichen Lenkungseffekt des CO₂-Preises in Frage. Sollte der tatsächliche CO₂-Preis niedriger ausfallen als erwartet, würden in diesem Politikmix andere starke Anreize fehlen, um einen schnellen Ausstieg aus CO₂-intensiven Lebensweisen zu bewirken. Genannt wurden hier weitere Förderanreize oder ordnungsrechtliche Maßnahmen, die klimaschädliches Verhalten unterbinden. Außerdem wurde die Sorge geäußert, dass sich höhere Einkommensgruppen emissionsintensives Verhalten bis zu einem gewissen Preis nach wie vor leisten könnten, was die Wirkung des Instrumentes verzögere und gleichzeitig Ungerechtigkeitsempfinden schüre. Weniger häufig wurden Bedenken zum Klimageld geäußert: Es herrsche lediglich Unklarheit darüber, wie alle Personen in Deutschland erreicht werden könnten. Eine pauschale Rückerstattung auch an reiche Haushalte wurde als ungerecht gegenüber einkommensschwächeren Haushalten wahrgenommen. Ein großer Anteil der Teilnehmenden stufte die Höhe der finanziellen Unterstützung (Förderung und Klimageld) als zu gering ein, um die tatsächlichen Belastungen des Politikmixes, insbesondere für Menschen auf dem Land und Geringverdienende, abzufedern. Mögliche Wettbewerbsnachteile für energieintensive Industriezweige und eine Verteuerung von Konsumgütern wurden von wenigen Teilnehmenden zu bedenken gegeben.

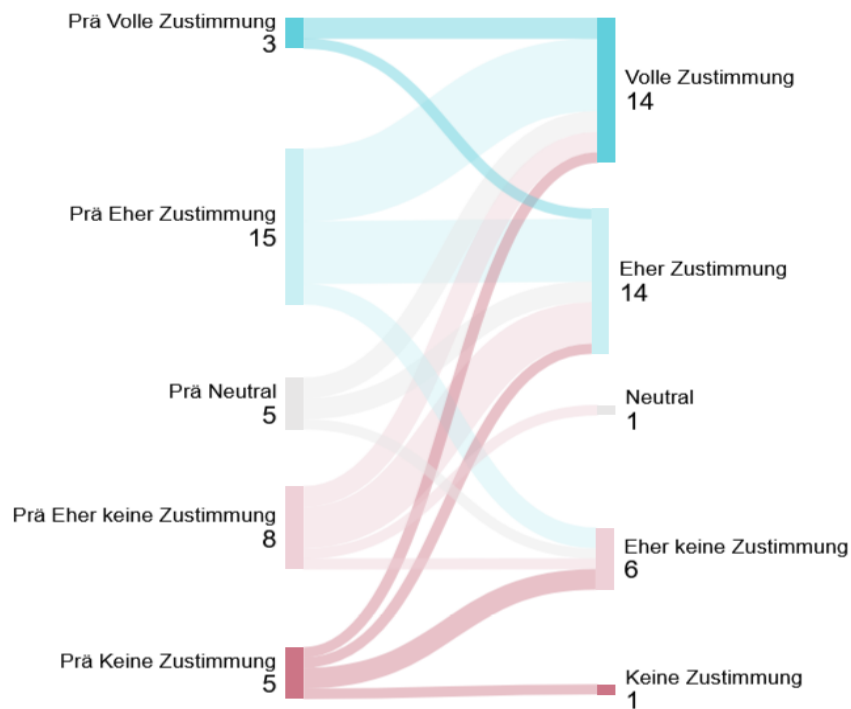


Abbildung 5. Sankey-Diagramm zur Verschiebung der Befürwortung der Aussage „Der Staat sollte Klimapolitik vor allem mit einem CO₂-Preis, der Benzin, Diesel, Gas und Öl teurer macht, gestalten“ basierend auf Vorher-Nachher-Befragung des ersten Online-Bürgerdialogs (n=30). 5-stufige Antwortskala von 1 „stimme gar nicht zu“ bis 5 „stimme voll zu“.

In der begleitenden Vorher-Nachher-Befragung wurden die Teilnehmenden zu einer Klimapolitik mit Fokus auf den CO₂-Preis befragt und sollten ihre Einschätzung begründen. Obwohl bereits im Vorfeld der Deliberation eine Mehrheit der Teilnehmenden Politikmix 1 befürwortete, führte die deliberative Auseinandersetzung zu einer erhöhten Zustimmung zu einer CO₂-Preis-basierten Klimapolitik (Mittelwert $M_{\text{Vorher}} = 3,08$, $M_{\text{Nachher}} = 3,94$ auf einer 5-stufigen Skala von 1 „stimme gar nicht zu“ bis 5 „stimme voll zu“, s. Abbildung 5). Die Begründungen der Teilnehmenden zeigen, dass vor allem die positive Konnotation der Lenkungswirkung die Einstellungen verschoben hat. Gleichzeitig nahmen Bedenken im Hinblick auf die Verteilungswirkungen des Instruments ab.

Die Politikmixe 2-4 unterschieden sich von Politikmix 1 in der Höhe von CO₂-Preis und Förderung sowie der Mehrwertsteuererhöhung, wobei der CO₂-Preis sukzessive abnahm, während das Fördervolumen anstieg. Unter der Bedingung der Hinzunahme von ordnungsrechtlichen Maßnahmen wurde lediglich der Politikmix 2 („Mittlerer CO₂-Preis und mittlere Förderung“) von einer Kleingruppe bevorzugt. Politikmixe 3 („Niedriger CO₂-Preis und hohe Förderung“) von einer Kleingruppe bevorzugt.

Förderung“) und 4 („Hohe Förderung und Ordnungsrecht“) wurden von keiner Gruppe gewählt. In den Argumentationslinien der Teilnehmenden wurden **vier zentrale Aspekte** deutlich, die eine geringere Befürwortung dieser Mixe erklären könnten.

Die **Mehrwertsteuererhöhung** zur Finanzierung der Förderprogramme führte bei einer absoluten Mehrheit der Teilnehmenden zu großer Ablehnung. Durch eine Mehrwertsteuererhöhung müssten alle Personen unabhängig von ihrem CO₂-Fußabdruck mehr für Konsumgüter zahlen. Damit hat eine Mehrwertsteuererhöhung keine Lenkungswirkung, da auch klimafreundliche Produkte von ihr betroffen wären und somit kein Preisanreiz zur Änderung des Konsumverhaltens hin zu emissionsarmen Produkten geschaffen wird. Die Teilnehmenden argumentierten, dass eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zu einer übermäßigen Belastung für Geringverdienende führe, während sich einkommensstärkere Haushalte ihren Lebensstil weiterhin leisten könnten. Im Resultat sinke die Kaufkraft. Dies wiederum empfanden die Teilnehmenden als schädlich für die deutsche Wirtschaft.

„Ich bin gegen eine Mehrwertsteuererhöhung, da ich diese sehr ungerecht finde. Alle werden belastet, egal ob sie vorher in Klimaschutz investiert haben. Das ist Gießkannenprinzip.“ Älterer Mann im ersten Online-Bürgerdialog

Eine Mehrwertsteuererhöhung stoße deshalb in der Bevölkerung nur auf geringe Akzeptanz und werde generell die Unterstützung von Klimaschutz unterwandern. Eine jüngere Teilnehmerin im ersten Online-Bürgerdialog adressierte dies sehr deutlich in ihrer Bewertung von Politikmix 4, den sie „direkt besser bewerten [würde], wenn die hohe Mehrwertsteuer nicht wäre“. Lediglich vereinzelte Stimmen sprachen sich für deutliche Einschnitte im Konsumverhalten aus, um schnelle Fortschritte im Klimaschutz zu erreichen.

Ein zweiter Erklärungsansatz betrifft die **Lenkungswirkung des CO₂-Preises**, die über die Politikmixe abnimmt. Da diese in den Diskussionen, wie auch in der Vorher-Nachher-Befragung ersichtlich, besonders positiv hervorgehoben wurde und maßgeblich für die Befürwortung von Politikmix 1 war, erklärt sie die geringere Präferenz der Politikmixe 2-4. Die Teilnehmenden vermissten in diesen Politikmixen sowohl den aufklärenden Effekt über die klimaschädlichen Auswirkungen von CO₂, als auch den handlungsleitenden Anreiz der CO₂-Bepreisung.

„Ein niedriger CO₂-Preis führt zur Illusion, dass CO₂ keine schädlichen Folgen hat.“ Ältere Frau im ersten Online-Bürgerdialog

Eine dritte Erklärung findet sich in den deliberativen Auseinandersetzungen um die Vor- und Nachteile von **staatlichen Förderprogrammen**. Es wurden einige kritische Aspekte genannt wie etwa mögliche Mitnahmeeffekte, die auftreten, wenn einkommensstarke Haushalte und die Industrie Fördergelder erhalten, obwohl sie die Investitionen auch ohne staatliche Unterstützung getätigt hätten. Zudem würden Förderungen Haushalte begünstigen, die aufgrund ausreichenden Eigenkapitals auch ohne staatliche Unterstützung investieren könnten. Sozial benachteiligte Haushalte würden dagegen vergleichsweise seltener profitieren. Hier sahen die Teilnehmenden potenziell soziale Ungerechtigkeiten von Förderungen. Als Alternative zur Individualförderung wurden daher Investitionen in öffentliche Infrastruktur diskutiert, von der die Allgemeinheit profitiert (z.B. kostenfreier oder besserer ÖPNV). Zudem wurden der bürokratische Aufwand und die Ineffizienz von Förderprogrammen kritisiert. Der mit der Beantragung verbundene administrative Aufwand erschwere die Inanspruchnahme von Förderprogrammen.

„Ich habe selbst Förderung für eine Wärmepumpe bekommen und wurde dann auch von anderen darauf angesprochen. Da gibt es auch schon einen Zuschuss für Geringverdiener. Das finde ich gut. Das motiviert wirklich auch Andere, das zu machen.“ Älterer Mann im ersten Online-Bürgerdialog

Es wurden auch positive Aspekte von Förderprogrammen diskutiert. Förderungen, die den Umstieg auf klimafreundliche Technologien und damit klimafreundliche Anpassungen im Alltag ermöglichen, wurden unterstützt, insbesondere für einkommensschwächere Haushalte. Die Mehrheit der Teilnehmenden sprach sich deshalb für eine soziale Staffelung aus (höhere Fördersätze für Geringverdienende). Weiterhin erhofften sich die Befürwortenden von Förderungen einen wirtschaftlichen Aufschwung, da auch die Industrie profitieren könne, indem technologische Innovationen und „grüne“ Arbeitsplätze angeregt würden. Zusammenfassend wurden Förderungen von vielen Teilnehmenden als essentiell für die Transformation zu einer klimaneutralen Gesellschaft angesehen, gerade auch für vulnerable Gruppen, wie z.B. einkommensschwächere Personen. Es existierten zugleich große Sorgen vor einer ungerechten Verteilung staatlicher Mittel.

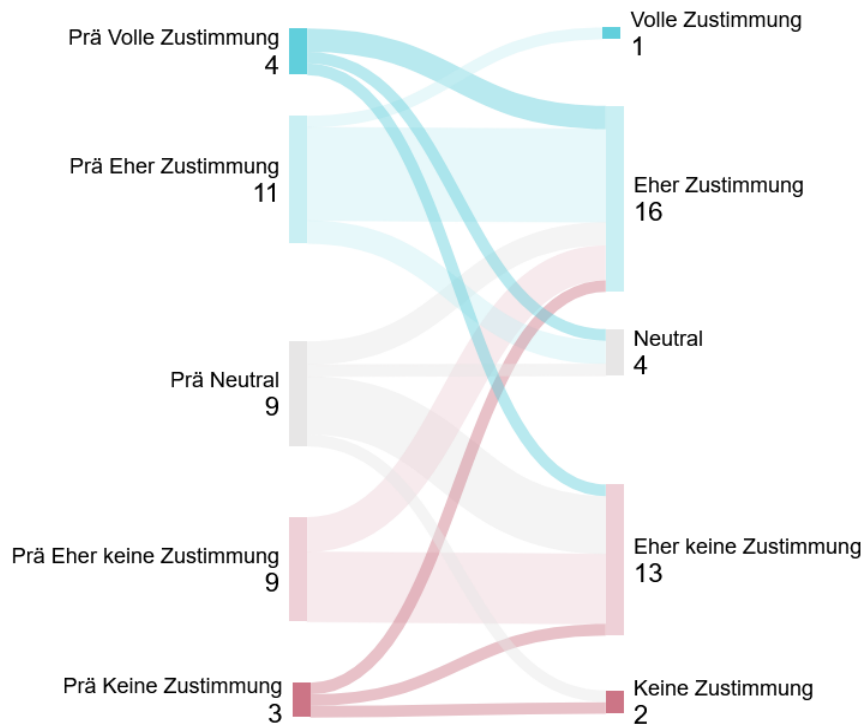


Abbildung 6. Sankey-Diagramm zur Verschiebung der Befürwortung der Aussage „Der Staat sollte Klimapolitik vor allem mit Förderprogrammen gestalten“ basierend auf Vorher-Nachher-Befragung des ersten Online-Bürgerdialogs (n = 35). 5-stufige Antwortskala von 1 „stimme gar nicht zu“ bis 5 „stimme voll zu“.

„Bei Fördergeldern kann man auch nicht gut steuern, wer es erhält - ob derjenige es wirklich braucht. Kommen sie dort an, wo sie hinsollen?“ Frau mittleren Alters im ersten Online-Bürgerdialog

Die quantitative Auswertung der Vorher-Nachher-Befragung bestätigte die Unentschlossenheit der Teilnehmenden hinsichtlich der Eignung von staatlicher Förderung in der Klimapolitik (s. Abbildung 6): Durchschnittlich war der Zustimmungswert zu beiden Zeitpunkten in etwa gleich ($M_{Vorher} = 3,14$, $M_{Nachher} = 3,06$). Auch in den von den Teilnehmenden angegebenen Begründungen zeigten sich die oben genannten Argumente für und gegen Förderprogramme. Zusammenfassend hielten sich positive und negative Einschätzungen zu Förderung weitgehend die Waage und die Deliberation bewirkte keine deutliche Verschiebung der Einschätzungen. Damit erhielten auch die Politikmixe 2-4, die in ihrer Ausgestaltung besonders auf Förderprogramme setzen, selten eine mehrheitliche Befürwortung (s. Abbildung 4).

Schließlich wurde das **Ordnungsrecht** kontrovers diskutiert. Die Uneinigkeit in der Bewertung ordnungsrechtlicher Vorschriften könnte die Ablehnung von Politikmix 4 zum Teil erklären. Positiv hervorgehoben wurden insbesondere die Verständlichkeit der Vorgaben sowie die Klarheit und Planbarkeit, die verbindliche Regeln im Alltag und bei langfristigen Investitionen schaffen. Da einheitliche Vorgaben für alle Bürgerinnen und Bürger gälten, sahen Teilnehmende darin zugleich das Prinzip gleicher Regeln für alle verwirklicht. Genannt wurden außerdem mögliche Innovationsanreize, da Ordnungsrecht Unternehmen zur Entwicklung klimafreundlicher Alternativen anregen könne, sowie die unmittelbare Wirksamkeit nach Inkrafttreten und die einfache Kontrollierbarkeit. Gegenüber rein markt-basierten Instrumenten sahen einige Teilnehmende den Vorteil, dass verbindliche Standards weniger Interpretationsspielraum lassen und die Transformation dadurch schneller und verlässlicher umgesetzt werden könne.

„Ich finde die regulatorischen Vorschriften gut, sie geben Orientierung.“ Teilnehmende(r) mittleren Alters im ersten Online-Bürgerdialog

Kritisch betrachtet wurden hingegen mögliche Einschränkungen individueller Handlungsspielräume und der Selbstbestimmung sowie das Gefühl staatlicher Bevormundung,

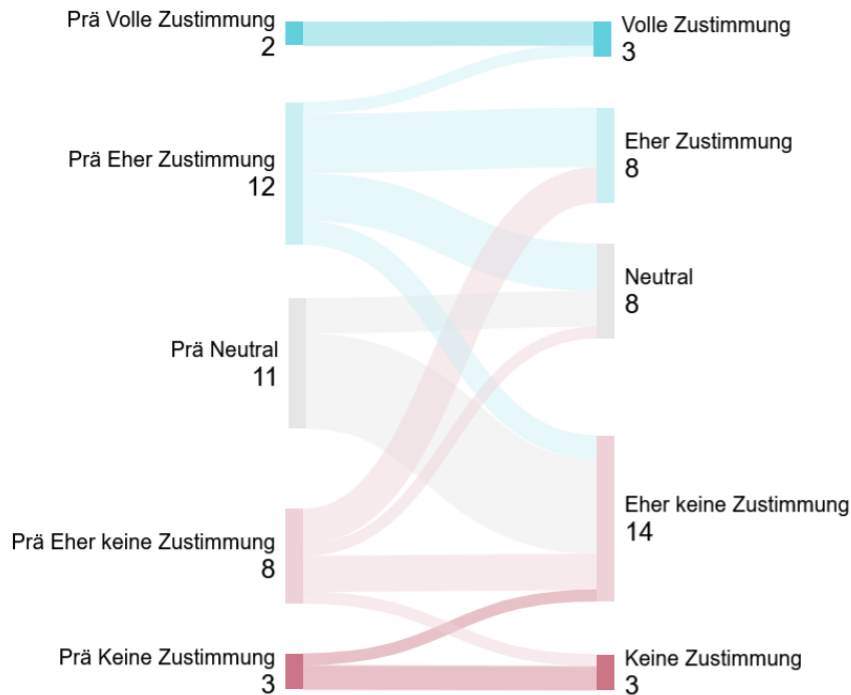


Abbildung 7. Sankey-Diagramm zur Verschiebung der Befürwortung der Aussage „Der Staat sollte Klimapolitik vor allem mit Ge- und Verboten sowie mit Vorgaben wie Effizienzstandards gestalten“ basierend auf Vorher-Nachher-Befragung des ersten Online-Bürgerdialogs (n = 36). 5-stufige Antwortskala von 1 „stimme gar nicht zu“ bis 5 „stimme voll zu“.

wodurch die Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen beeinträchtigt werden könne. Zudem äußerten Teilnehmende Bedenken hinsichtlich der gesellschaftlichen Durchsetzbarkeit von Verboten und verbindlichen Vorgaben. Als problematisch wurde insbesondere eine mögliche soziale Ungleichheit bewertet, wenn notwendige Anpassungen mit hohen Kosten verbunden sind. Vereinzelt wurde hinterfragt, ob staatliche Regulierung tatsächlich die geeignete Steuerungsform sei oder ob technologische Entwicklungen stärker durch Marktmechanismen angeregt werden sollten. Wie ambivalent die Bewertung ausfiel, zeigt sich daran, dass eine Kleingruppe Politikmix 2 explizit unter Einbeziehung ordnungsrechtlicher Maßnahmen präferierte, während für viele andere Teilnehmende die geringe gesellschaftliche Akzeptanz das zentrale Gegenargument blieb. Im Hinblick auf sinkende Zustimmungswerte zu klimapolitischen Maßnahmen¹³ schürte dies Sorgen um deren zukünftige Machbarkeit. Die Deliberation verstärkte damit für die Teilnehmenden die Bedeutung der Frage, wie ordnungsrechtliche Maßnahmen gesellschaftlich vermittelt werden können, um von ihren positiven Wirkungen für den Klimaschutz profitieren zu können. Auffällig ist, dass sich die Diskussion weniger um konkrete finanzielle Belastungen als um grundsätzliche

¹³ Ebersbach et al. (2026)

Einstellungen zur Rolle des Staates in der Klimapolitik drehte. Da ordnungsrechtliche Maßnahmen keine unmittelbaren Finanzierungsfragen aufwerfen, standen normative Überzeugungen im Vordergrund der Bewertung – etwa die Frage, ob Klimapolitik primär über Anreize oder über verbindliche Regeln gesteuert werden sollte.

„Ordnungsrecht wird die eh schon sinkende Akzeptanz für Klimaschutz auf 0 senken, sowohl in der Bevölkerung als auch in der Wirtschaft.“ Mann mittleren Alters im ersten Online-Bürgerdialog

In der Vorher-Nachher-Befragung wurde die Tendenz zur Ablehnung von ordnungsrechtlichen Maßnahmen als Hauptbestandteil der Klimapolitik sichtbar, wobei die Deliberation zu einer leichten Abnahme der Befürwortung führte ($M_{Vorher} = 3,03$, $M_{Nachher} = 2,82$, s. Abbildung 7). Die Bewertung ordnungsrechtlicher Maßnahmen blieb vor und nach der Deliberation relativ ausgeglichen. Zusammenfassend zeigt sich sowohl in den Diskussionen in den Kleingruppen als auch in der Vorher-Nachher-Befragung, dass die Bewertung von Ordnungsrecht in der Klimapolitik ambivalent ist. In der Ausgestaltung der Politikmixe erhielten die Teilnehmenden außerdem Möglichkeiten, besonders belastete, einkommensschwache Haushalte gezielt zu adressieren. Hierzu standen zwei Möglichkeiten zur Verfügung. Einerseits konnte in allen Politikmixen über **höhere Fördersätze für Geringverdienende** entschieden werden. Diese Option wurde von einer Mehrheit als sozial gerecht angesehen. Gleichzeitig wurde kritisch diskutiert, inwiefern höhere Fördersätze einkommensärmere Haushalte tatsächlich befähigen, klimafreundliche Investitionen (z.B. bei fehlendem Kapital für Wärmepumpen oder E-Auto oder fehlende Handlungsspielräume als Mietende) tätigen zu können. Hier könne sich die Mittelschicht benachteiligt fühlen, da sie trotz finanzieller Belastung nicht von höheren Fördersätzen profitieren würde. Aufgrund des hohen CO₂-Fußabdrucks reicher Haushalte könnten Fördermittel bei diesen Haushalten eine stärkere Klimawirkung entfalten. Andererseits wurde in Politikmix 1 die Option angeboten, die CO₂-Preiseinnahmen ausschließlich in Form eines **Klimageldes für einkommensschwache Haushalte** zurückzuerstatten. Etwa ein Drittel der Teilnehmenden befürwortete dies als sozial gerechte Ausgestaltungsoption. Viele kritisierten jedoch, dass das Klimageld als Anreiz für alle nach dem Solidarprinzip notwendig sei, um Verhalten zu verändern. Demnach wurden andere Unterstützungsmaßnahmen für einkommensschwä-

chere Haushalte gewünscht. Hierzu zählte eine Staffelung des Klimageldes nach regionalen Lebensbedingungen (bspw. mit Hinblick auf die ÖPNV-Anbindung wie beim ehemaligen österreichischen Klimabonus) anstelle von Einkommen oder generelle Investitionen in klimafreundliche Infrastruktur, von der alle profitieren können. Die Möglichkeit **ordnungsrechtlicher Ausnahmen für Geringverdienende** wurde von etwa einem Fünftel der Teilnehmenden ausgewählt und in der Deliberation wenig adressiert.

3.1.2 Zweiter Online-Bürgerdialog 2026

Im nachfolgenden Online-Bürgerdialog im März 2026 wurde vor allem die Kritik an der Verteilungswirkung der Mehrwertsteuer im ersten Online-Dialog aufgegriffen. Zur Vergleichbarkeit der Ergebnisse blieben die Politikmixe bis auf die Finanzierung der Förderprogramme unverändert. Als alternative Finanzierungsoptionen wurden die Wiedererhebung der Vermögensteuer (in Höhe von 1 % mit Freibeträgen von 5 Mio. oder 20 Mio. Euro je nach Finanzierungsbedarf) und die Einführung eines „Klimasolis“ in Höhe von 3 % auf die Einkommensteuer durch Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen vorgestellt¹⁴. Im Anschluss wurden Fragen der Teilnehmenden zu den beiden neuen Instrumenten beantwortet.

	Pro-Argumente	Contra-Argumente
Mehrwertsteuererhöhung	Schnelle Umsetzung und damit Handlungsfähigkeit im Klimaschutz	Pauschale Belastung aller Haushalte unabhängig von CO₂-Ausstoß → sozialen Härten für Geringverdienende, Akzeptanzverlust der Klimapolitik
Klimasoli	Einkommensabhängiger Klimasoli wurde als sozial gerecht („starke Schultern“) und leicht umsetzbar (nutzt bestehende Steuersysteme) bewertet	Zusätzliche Belastung von Arbeitseinkommen und keine direkte Lenkungswirkung zur Emissionsreduktion
Vermögensteuer	Wahrnehmung als fair, wohlhabende Haushalte stärker zu beteiligen (Begründung: verursachen statistisch den höchsten CO₂-Ausstoß)	- Hoher bürokratischer Aufwand bei der Erfassung Vermögen - Sorge vor Kapitalflucht ins Ausland und steuerlichen Schlupflöchern - Einnahmen könnten/sollten nicht nur für Klimaschutz genutzt werden sondern auch Bildung und Infrastruktur
Schuldenaufnahme	- Sofortige Verfügbarkeit von Mitteln könnte Sanierungsstau auflösen - Generationengerecht bei strikter Zweckbindung in nachhaltige Projekte, z.B. für langlebige Infrastruktur	- Tilgungslast auf nachfolgende Generationen verschoben, obwohl diese (bisher) kaum zur Klimakrise beigetragen haben - Mangelnde Transparenz und Einfluss von Lobbygruppen auf die Mittelverwendung - Wirtschaftliche Risiken wie Inflation
Weitere Steuern	- Erbschaftsteuer: Arbeitseinkommen in Deutschland stark steuerlich belastet, dagegen große Erbschaften kaum → Potenzial für die Klimafinanzierung und als sozial gerechter wahrgenommen - Luxussteuern als sozial gerechter wahrgenommen: emissionsintensiver Luxuskonsum – wie Privatyachten oder häufige Flugreisen – nach dem Verursacherprinzip deutlich stärker belasten → Personen, die Luxusgüter konsumieren, verfügen über nötige Zahlungsfähigkeit	

Tabelle 2. Überblick zu Pro- und Contra-Argumenten für die in der Deliberation diskutierten Finanzierungsoptionen.

¹⁴ Die Berechnungen der generierten Einnahmen wurden auf Anfrage vom DIW zur Verfügung gestellt.

In vier Kleingruppen wurden analog zum ersten Online-Bürgerdialog im Jahr 2025 zunächst die individuellen Präferenzen im Hinblick auf die vier zur Auswahl gestellten Politikmixe abgefragt und anschließend gemeinsam diskutiert. Im Vergleich zum ersten Online-Bürgerdialog war die Streuung der Präferenzen größer: Die Politikmix 1-3 wurden jeweils von einer Gruppe präferiert, während die vierte Gruppe keine Einigung erzielen konnte¹⁵. In Tabelle 2 sind die wesentlichen Argumente für und gegen die jeweiligen Finanzierungsoptionen (Mehrwertsteuererhöhung, Vermögensteuer, Klimasoli, Schuldenaufnahme und andere Steuern) festgehalten.

Der **Klimasoli** wurde kontrovers diskutiert. Einerseits wurde positiv hervorgehoben, dass eine solche Abgabe im Gegensatz zu einer Mehrwertsteuererhöhung progressiv wirkt und damit höhere Einkommen stärker belastet. Andererseits wurde kritisch angemerkt, dass letztlich dennoch nahezu alle Bürgerinnen und Bürger zur Finanzierung beitragen müssten, wenn auch in unterschiedlichem Umfang. Zudem würden Arbeitseinkommen zusätzlich belastet. Die größte Zustimmung im Hinblick auf steuerliche Maßnahmen erhielt eine

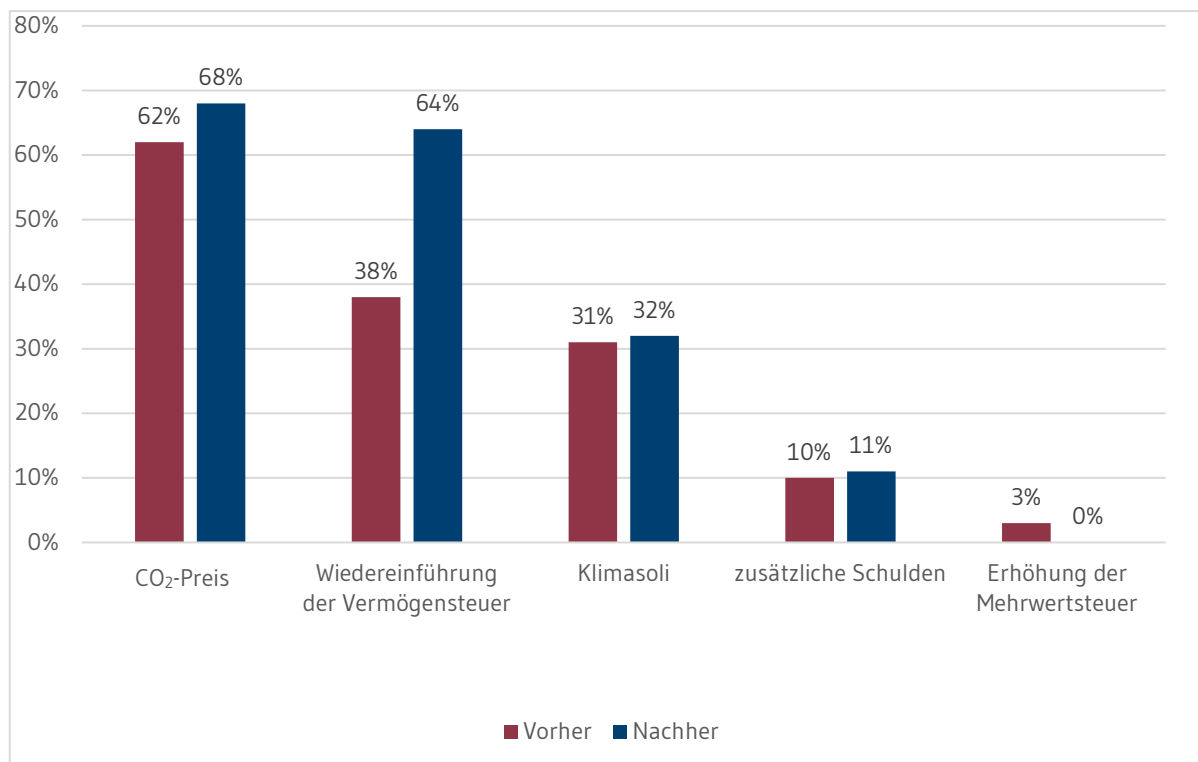


Abbildung 8. Ergebnisse der Vorher-Nachher-Befragung zur Präferenz von Maßnahmen zur gerechten Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen im zweiten Online-Bürgerdialog (Mehrfachauswahl möglich, n = 28).

¹⁵ Die Zusammensetzung der Gruppen variierte leicht zwischen den beiden Online-Bürgerdialogen.

Vermögensteuer als Finanzierungsinstrument der Politikmixe. Viele Teilnehmende befürworteten eine stärkere Beteiligung vermögender Haushalte an den Kosten der Transformation und begründeten dies mit Verteilungs- und Gerechtigkeitsüberlegungen. Gleichzeitig wurden jedoch Herausforderungen etwa bei der Erhebung einer Vermögensteuer thematisiert¹⁶.

In der deliberativen Auseinandersetzung wurde deutlich, dass die neuen Finanzierungsoptionen die Entscheidung für einen Politikmix erschwerten und es folglich erneut keinen mehrheitlich präferierten Politikmix gab. Durch die Einführung der Finanzierungsoptionen Klimasoli und Vermögensteuer als Alternativen zur Mehrwertsteuererhöhung verlor der Politikmix 1 gegenüber der Deliberation im Jahr 2025 an Zustimmung. In den Aussagen der Teilnehmenden zeigt sich jedoch, dass nun auch Politikmixe mit einem höheren Förderanteil und damit geringen CO₂-Preis beliebter wurden.

„Ein moderater Mix aus Förderprogrammen und Regulierung: Ganz ohne Regeln geht es nicht. Ich finde es schwer, mich zu entscheiden; eine Lösung zwischen Politikmix 3 und 4 wäre in Ordnung.“ Frau mittleren Alters im zweiten Online-Bürgerdialog

Diese Tendenz bildet sich auch in den Vorher-Nachher-Befragungen ab. Analog zum ersten Online-Bürgerdialog wurden die Teilnehmenden unter anderem gefragt, welche Option sie zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen für am gerechtesten halten. Die fünf Antwortoptionen orientierten sich an den diskutierten Möglichkeiten: CO₂-Preis, Erhöhung der Mehrwertsteuer, Wiedererhebung der Vermögensteuer, Klimasoli oder staatliche Neuverschuldung. Die größte Zustimmung erhielt der CO₂-Preis mit 62 %, während die Erhebung der Vermögensteuer und der Klimasoli jeweils etwa ein Drittel Zustimmung erhielten (s. Abbildung 8). Für die Erhöhung der Mehrwertsteuer und eine Schuldenaufnahme gab es kaum Zustimmung (3 bzw. 10 %). Bei vier Antwortoptionen gab es nur marginale Veränderungen nach der Deliberation. Die Unterstützung für die Wiedererhebung der Vermögensteuer stieg jedoch von 38 % auf 64 % an. Damit lag die Befürwortung einer Vermögensteuer nach der Deliberation fast gleichauf mit dem CO₂-Preis.

¹⁶ Für weitere Details s. Treichel-Grass (2026)

3.1.3 Zusammenfassung der Ergebnisse der Online-Bürgerdialoge

In den beiden Online-Bürgerdialogen wurden die Präferenzen der Teilnehmenden für verschiedene klimapolitische Instrumente und Finanzierungsmöglichkeiten deliberiert. Besonders schätzten die teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger den wissenschaftlichen Input, in dem faktenbasierte Informationen verständlich aufbereitet und in die Diskussionen eingebracht wurden. Weiterhin wurde von vielen Teilnehmenden der wertschätzende Dialog mit konstruktiver Diskussionskultur auf Augenhöhe gelobt. Die Vielfalt an Perspektiven wurde als bereichernd empfunden, während die Möglichkeit, die eigene Meinung einzubringen und gehört zu werden, sich nach gelebter Demokratie anfühlte. Viele Teilnehmende entwickelten durch den intensiven Austausch ein besseres Verständnis für politische Entscheidungsprozesse.

Die beiden Bürgerdialoge zeigen, dass die Präferenzen für klimapolitische Politikmixe maßgeblich von ihrer Finanzierung abhängen. Insbesondere eine Finanzierung über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer stieß auf Ablehnung und erschwerte die Bewertung der einzelnen Politikmixe, da die Finanzierungsform vielfach die eigentlichen Instrumentenkombinationen überlagerte (s. Tabelle 3). Dagegen führten der Klimasoli und insbesondere die Vermögensteuer zu einer stärkeren Differenzierung der Präferenzen und machten Politikmixe mit einem höheren Anteil an Fördermitteln attraktiver. Insgesamt zeigte sich jedoch keine eindeutige Präferenz für einen Politikmix. Vielmehr waren die Präferenzen über alle Gruppen hinweg breit gestreut, und die Entscheidung zwischen den verschiedenen Politikmischen fiel den Teilnehmenden häufig schwer. Dies deutet darauf hin, dass viele Bürgerinnen und Bürger keine pauschalen Lösungen bevorzugen, sondern sich eine aufeinander abgestimmte Kombination verschiedener Instrumente und Finanzierungsoptionen wünschen. Unter den einzelnen Politikinstrumenten erfuhr die CO₂-Bepreisung als Instrument hohe Befürwortung – entgegen repräsentativen

Befragungen¹⁷. Darüber hinaus zeigen die Ergebnisse, dass Deliberation die Bewertung einzelner klimapolitischer Instrumente beeinflussen kann. Nach dem ersten Bürgerdialog nahm die Zustimmung zur CO₂-Bepreisung zu, während ordnungsrechtliche Maßnahmen

¹⁷Ebersbach et al. (2026)

POLITIKMIX		Dialog 2025				Dialog 2026			
		Mehrwertsteuererhöhung				Klimasoli / Vermögensteuer			
		Gruppe 1	Gruppe 2	Gruppe 3	Gruppe 4	Gruppe 1	Gruppe 2	Gruppe 3	Gruppe 4
1	- Hoher CO ₂ -Preis von 192 €/t - Geringe Förderung (6 Mrd. €/Jahr) - Auszahlung Klimageld	Keine Einigung in der Kleingruppe (Ablehnung Politikmixe 3 & 4 wegen MwSt.)		X	X		X	Keine Einigung in der Kleingruppe (Politikmixe 1-3 favorisiert)	
2	- Mittlerer CO ₂ -Preis von 131 €/t - Förderung (30 Mrd. €/Jahr) - zus. Finanzierung notwendig		X			X			
3	- Geringer CO ₂ -Preis von 93 €/t - hohe Förderung (45 Mrd. €/Jahr) - zus. Finanzierung notwendig								X
4	- Geringer CO ₂ -Preis von 55 €/t - hohe Förderung (50 Mrd. €/Jahr) - zus. Finanzierung notwendig - Schärferes Ordnungsrecht								

Tabelle 3. Übersicht über die Präferenz der Gruppen von Teilnehmenden für die Politikmixe in Abhängigkeit der möglichen Finanzierungsformen in den beiden Online-Bürgerdialogen.

kritischer bewertet wurden. Im zweiten Dialog stieg zudem die Zustimmung zu einer Finanzierung über eine Vermögensteuer im Vorher-Nachher-Vergleich. Insgesamt sprechen die Ergebnisse dafür, dass Bürgerinnen und Bürger klimapolitische Maßnahmen differenziert bewerten und ihre Präferenzen nicht nur von den Instrumenten selbst, sondern in hohem Maße auch von deren Verteilungswirkung und Finanzierung abhängen.

Unter Berücksichtigung der individuellen Kosten jeder Politikoption konnten Vor- und Nachteile der Politikmixe aufgezeigt und diskutiert sowie Kompromisse geschlossen werden. Die Ergebnisse verdeutlichen vier wesentliche Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger zur Ausgestaltung klimapolitischer Maßnahmen:

1. Die Teilnehmenden bevorzugen Maßnahmenmixe, die eine **direkte, emissionssenkende Lenkungswirkung** haben sowie das Verursacherprinzip anwenden.

Am besten wird dies nach Wahrnehmung der Teilnehmenden durch das Instrument der CO₂-Bepreisung umgesetzt. Die Ergebnisse zeigen demnach eine generelle Präferenz für eine klimapolitische Steuerung über den CO₂-Preis. Dies bedeutet jedoch keine uneinge-

schränkte Zustimmung zu Politikmix 1 („Hoher CO₂-Preis und geringe Förderung“). Vielmehr machten die Teilnehmenden deutlich, dass ein CO₂-Preis nur dann als tragbar angesehen wird, wenn finanzielle Belastungen durch Ausgleichsmechanismen abgedeckt werden. Obwohl Politikmix 1 im Vergleich zu den anderen Politikmischen insgesamt am häufigsten positiv bewertet wurde, zeigen die qualitativen Antworten, dass sich viele Befragte eine Kombination von Politikmix 1 mit weiteren Instrumenten wünschen, um soziale Härten zu vermeiden und die Akzeptanz zu erhöhen. Besonders häufig wurden höhere Fördermaßnahmen sowie ein Klimageld mit sozialer oder regionaler Staffelung genannt; vereinzelt wurde auch eine Ergänzung mit ordnungsrechtlichen Maßnahmen befürwortet.

2. Die Teilnehmenden befürworten Maßnahmenmixe, wenn diese **sozial gerecht** ausgestaltet sind, etwa durch Klimageld und sozial gestaffelte Förderprogramme und die **finanzielle Leistungsfähigkeit** berücksichtigen.

Die Diskussion war besonders durch die finanziellen Auswirkungen des Klimaschutzes auf verschiedene Bevölkerungsgruppen geprägt. Förderprogramme blieben auch unter Berücksichtigung der Kosten staatlicher Fördermaßnahmen beliebt. Viele sahen sie als notwendige Voraussetzung, um den Umstieg auf klimafreundliche Technologien zu ermöglichen. Förderprogramme werden somit nicht primär als öffentlicher Kostenfaktor, sondern als notwendige Investition in die Transformation verstanden. Dennoch wurden Förderprogramme nicht uneingeschränkt positiv bewertet. Kritisch diskutiert wurden insbesondere der bürokratische Aufwand sowie die Komplexität der Antragstellung und Umsetzung. Diese Aspekte wurden von einigen Teilnehmenden als Hindernis für eine wirksame und gerechte Ausgestaltung von Fördermaßnahmen gesehen. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass Fördermaßnahmen von den Befragten nicht als Alternative zu einem CO₂-Preis, sondern vielmehr als dessen sinnvolle Ergänzung angesehen werden. Die Diskussion drehte sich daher weniger um die Frage „CO₂-Preis oder Förderung“, sondern vielmehr darum, wie die Finanzierung entsprechender Förderprogramme ausgestaltet werden sollte. Dabei wurde – in Übereinstimmung mit Ergebnissen aus einer repräsentativen Befragung¹⁸ – häufig eine stärkere finanzielle Beteiligung einkommensstarker beziehungsweise vermögender Haushalte gefordert.

¹⁸ Ebersbach et al. (2026)

3. Die **pauschale Erhöhung der Mehrwertsteuer** zur Finanzierung von klimapolitischen Förderprogrammen wurde abgelehnt, während Finanzierungsoptionen wie die **Wiedereinführung der Vermögensteuer** oder ein **Klimasoli** auf deutlich größere Zustimmung stießen.

Die Diskussionen zeigten, dass die Finanzierung von Klimapolitik einen wesentlichen Einfluss auf deren Akzeptanz hat. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Finanzierung von Förderprogrammen wurde von der Mehrheit der Teilnehmenden abgelehnt. Andere Finanzierungsoptionen wurden differenzierter bewertet. Insgesamt sprechen die Ergebnisse dafür, dass Finanzierungsmodelle dann auf höhere Akzeptanz stoßen, wenn sie als sozial ausgewogen wahrgenommen werden und die finanzielle Belastung stärker an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ausgerichtet ist.

4. **Ordnungsrechtliche Maßnahmen** wurden kontrovers diskutiert und insgesamt seltener bevorzugt als CO₂-Bepreisung oder Fördermaßnahmen.

Die Auseinandersetzung mit den Politikmixin verdeutlichte, dass ordnungsrechtliche Maßnahmen von den Bürgerinnen und Bürgern besonders ambivalent bewertet wurden. Anders als bei der CO₂-Bepreisung oder staatlichen Förderprogrammen ließ sich keine klare Präferenz für Politikmixe mit einem hohen ordnungsrechtlichen Anteil erkennen. Auffällig war zudem, dass ordnungsrechtliche Maßnahmen im zweiten Bürgerdialog deutlich seltener thematisiert wurden als im ersten. Wie auch die Vorher-Nachher-Befragung des ersten Dialogs zeigt, scheint die intensive Auseinandersetzung mit den Vor- und Nachteilen ordnungsrechtlicher Instrumente eher zu einer Abnahme ihrer Beliebtheit geführt zu haben. Zwar blieben auch nach beiden Bürgerdialogen positive Stimmen bestehen, insgesamt bildete sich jedoch keine breite Unterstützung für den Politikmix mit einem starken ordnungsrechtlichen Schwerpunkt. Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass die Bewertung des Ordnungsrechts weniger von direkten Kostenüberlegungen als von grundlegenden Vorstellungen über Gerechtigkeit, staatlicher Steuerung und gesellschaftlicher Akzeptanz geprägt war. Einschränkend gilt jedoch anzumerken, dass zusätzliche ordnungsrechtliche Maßnahmen lediglich im Politikmix 4 (Hohe Förderung und Ordnungsrecht) vorgeschlagen wurden. Dieser beinhaltete eine vergleichsweise niedrige CO₂-Preiserhöhung und den

höchsten Finanzierungsbedarf über weitere staatliche Einnahmequellen. Damit widersprach der Mix der grundsätzlichen Präferenz der Lenkungswirkung und dem Verursacherprinzip (Punkt 1), was einen bedeutenden Anteil in der Ablehnung von Politikmix 4 ausmachen könnte. Gleichzeitig konnte die Diskussion aller vier Politikmixe im zweiten Dialog aufgrund zeitlicher Restriktionen nicht in gleicher Ausführlichkeit wie im ersten Dialog geführt werden, sodass auch dies eine mögliche Erklärung für die geringere Präsenz ordnungsrechtlicher Maßnahmen in den Diskussionen sein könnte.

Deliberationsergebnisse zu politischer Kommunikation der Politikmixe

Neben der Diskussion über Maßnahmenkombinationen und deren Finanzierung wurde in beiden Online-Dialogen mit den Teilnehmenden über ihre Erwartungen und Präferenzen hinsichtlich der politischen Kommunikation der Politikmixe deliberiert. Im ersten Online-Bürgerdialog wurde dabei mit den Bürgerinnen und Bürgern über die grundlegenden Merkmale politischer Kommunikation von Klimapolitik diskutiert. Zur Art der Kommunikation war den meisten Teilnehmenden wichtig, dass diese transparent und ehrlich erfolge. Vor- und Nachteile einzelner Maßnahmen sollten genauso Erwähnung finden wie eine zielgruppenspezifische und kontextsensible Sprache. Wichtig für die Planbarkeit von Investitionen und die Schaffung von Vertrauen erschien den Teilnehmenden auch, dass eine gewisse Kontinuität in politischen Entscheidungen gegeben sei, die sich auch in klarer Kommunikation äußere. Herausforderungen in der Kommunikation wurden sowohl in der Komplexität von Klimapolitik, in der zeitlichen Dimension des Klimawandels, in dem Vertrauensverlust in Politik und Medien, sowie in der Verdrängung des Themas in Zeiten schwieriger politischer Weltentwicklung und multipler Krisen gesehen. Nicht zuletzt wurde auch die Notwendigkeit geäußert, Maßnahmen und die Erreichung von Klimazielen im europäischen Kontext bzw. global stärker zu forcieren.

Im zweiten Online-Bürgerdialog wurden die Inhalte und Botschaften politischer Kommunikation von klimapolitischen Maßnahmen beziehungsweise Politikmixen diskutiert. Hierbei wurde die Diskussion entlang dreier Dimensionen strukturiert: Auswirkungen auf die Umwelt, die Gesellschaft und die Wirtschaft. Über alle Gruppen hinweg genoss jede der drei Dimensionen eine hohe Relevanz für die politische Kommunikation. Mittels einer Vorher-Nachher-Befragung zeigte sich, dass gesellschaftliche Aspekte am höchsten gewichtet werden, knapp gefolgt von Auswirkungen auf die Umwelt und die Wirtschaft. In der Nachbefragung ergaben sich keine grundlegenden Verschiebungen. Damit wurde die Notwendigkeit deutlich, soziale Gerechtigkeit und Ausgleichmechanismen stärker zu betonen. Von einigen Personen wurde dennoch auch die Kommunikation von Klimafolgen, Kippunkten und Konsequenzen des Nichthandelns als effektive Botschaft bewertet. Grundsätzlich sollte die politische Kommunikation vor allem die Ziele, Zwecke und Vorteile, aber auch mögliche finanzielle Belastungen politischer Entscheidungen beinhalten. Dies schließt Kosten-Nutzen-Darstellungen, effektbezogene Informationen sowie die Darstellung von Handlungsalternativen mit ein.

Infobox 3. Deliberationsergebnisse zu politischer Kommunikation der Politikmixe.

4 Ergebnisse des Survey-Experiments

Das Experiment zeigt, dass die Befragten eine Maßnahmenkombination aus CO₂-Preis und Förderung grüner Investitionen wünschen. So wurde von der Kontrollgruppe, selbst ohne zusätzliche Informationen über die jeweiligen Kosten der Instrumente, ein Politikmix mit einem CO₂-Preis-Anteil von 38 % und analog 62 % Emissionsvermeidung über Förderprogramme gewählt, bei einer Zustimmung im (hypothetischen) Referendum von über 85 %¹⁹. Aus den in Abbildung 9 dargestellten Ergebnissen der Befragung lässt sich zudem ableiten, dass sich die Öffentlichkeit der zusätzlichen Kosten von Fördermaßnahmen nicht vollständig bewusst ist. Der Anteil der CO₂-Bepreisung in der ersten Treatmentgruppe, in der Förderprogramme dieselben gesellschaftlichen Kosten wie ein CO₂-Preis verursachten, stieg nur um etwa 2 Prozentpunkte auf 40 % gegenüber der Kontrollgruppe. Im Gegensatz dazu wählten die Befragten in der zweiten Treatmentgruppe, mit deutlich teureren Förderprogrammen, einen um rund 9 Prozentpunkte höheren Anteil der CO₂-Bepreisung von insgesamt 47 %. Dieser Anstieg unterschied sich statistisch signifikant von den Entscheidungen der Kontroll- und ersten Treatmentgruppe. Die Tatsache, dass Förderungen zu Mehrkosten im Staatshaushalt führen, hatte folglich nur einen begrenzten Effekt auf den

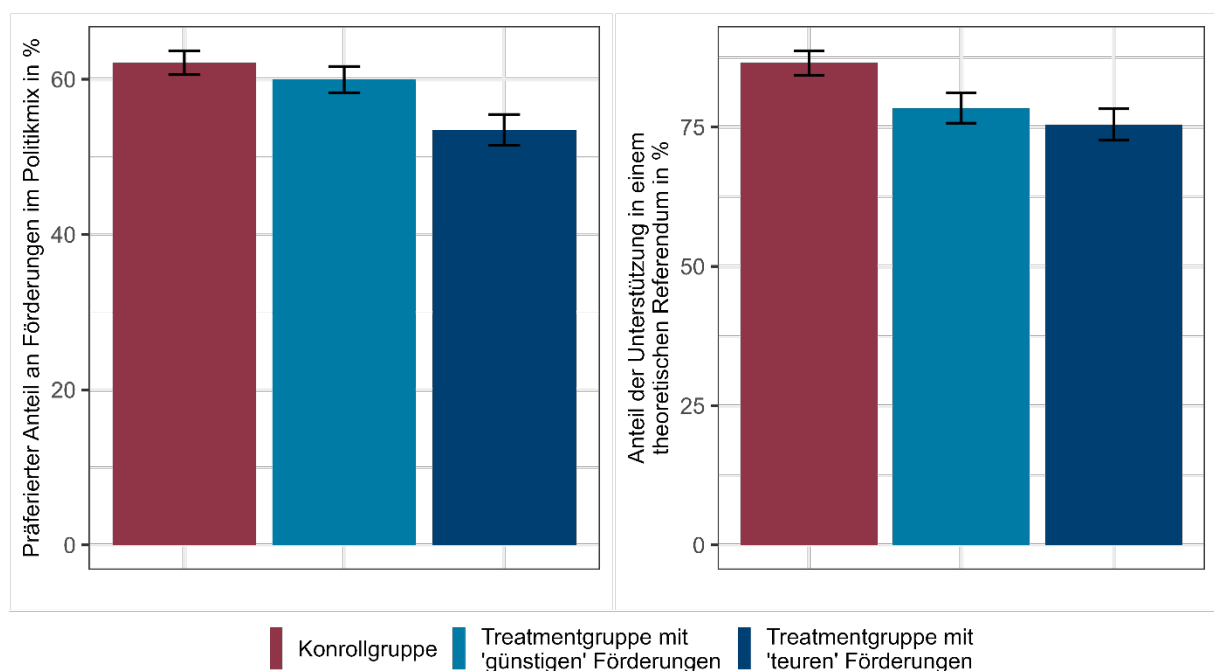


Abbildung 9. Ergebnisse des Survey-Experiments mit 3.000 Befragten in Deutschland. Das linke Panel zeigt den präferierten Anteil der Förderungen im Politikmix. Das rechte Panel zeigt die Zustimmung zum zuvor gewählten Politikmix in einem hypothetischen Referendum.

¹⁹ Kalkuhl et al. (2026)

gewünschten Politikmix. Gleichzeitig zeigte sich, dass der CO₂-Preis über alle Gruppen hinweg als relevanter Bestandteil des klimapolitischen Mixes gewünscht wurde. Dass Förderprogramme teilweise sehr teuer sein können, scheint dagegen nicht umfassend im Bewusstsein der Menschen verankert zu sein, wie der stärkere Verzicht auf Förderprogramme in der zweiten Treatmentgruppe zeigte. Gleichzeitig sank die Zustimmung zum jeweils gewählten Politikmix im hypothetischen Referendum in der ersten und zweiten Treatmentgruppe um 8 bzw. 11 Prozentpunkte im Vergleich zur Kontrollgruppe. Dies könnte auf insgesamt sichtbarere und steigende Kosten der zielkonformen Klimapolitik zurückzuführen sein. Die Zustimmung blieb jedoch auf einem vergleichsweise hohen Niveau von mindestens 75 %.

5 Synthese der Ergebnisse aus Deliberation und Survey-Experiment

Sowohl die Deliberation als auch das Experiment zeigen deutlich, dass sowohl die Lenkungswirkung des CO₂-Preises als auch die finanzielle Unterstützung beim Umstieg auf klimafreundliche Technologien durch Förderprogramme (insbesondere für einkommensschwächere Haushalte) befürwortet werden. Aus Sicht der Teilnehmenden der Deliberation bedarf es einer Kombination, um eine sozial gerechte Ausgestaltung der Klimapolitik zu gewährleisten. Diese Erkenntnisse legen nahe, dass Menschen in der Bewertung von politischen Maßnahmen verschiedene Kriterien anlegen, wobei die soziale Gerechtigkeit einen wichtigen Anteil ausmacht.

Eine mögliche Erklärung für die Robustheit der Mix-Präferenz könnte sein, dass sich die Maßnahmenkombination an aktueller, realer Politikausgestaltung orientiert. Da sowohl der CO₂-Preis als auch diverse Förderprogramme zum Zeitpunkt der Erhebungen implementiert waren, könnte eine Maßnahmenkombination die bekannte Option sein (sog. „status quo bias“²⁰). Weiterhin waren alle gegebenen Politikoptionen qua Design gleich wirksam im Hinblick auf die Erreichung der Klimaziele. Damit konnten die Teilnehmenden in Deliberation und Survey nur über die Wahl der Politik- und Finanzierungsinstrumente ihrer individuellen Abwägung zwischen Kosteneffizienz und Verteilungsgerechtigkeit Ausdruck verleihen, nicht aber darüber entscheiden, ob sie grundsätzlich mit dem Ambitionsniveau einverstanden sind.

Auch wenn der Anteil von Förderprogrammen im Politikmix unter Sichtbarkeit ihrer Kosten im Experiment zurückgeht, zeigen weder das Experiment noch die Deliberation eine grundlegende Abkehr von Förderungen. Im Gegenteil: In beiden Erhebungen bleiben Förderprogramme integraler Bestandteil des bevorzugten Politikmixes. Gleiches gilt jedoch auch für den CO₂-Preis. Beide Instrumente sollen aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger einen substantiellen Beitrag zur Emissionsvermeidung leisten. Während im Experiment der Förderanteil selbst bei vergleichsweise hohen Kosten und geringer Effizienz noch mehr als

²⁰ Lang et al. (2021), Samuelson & Zeckhauser (1988)

die Hälfte der Emissionsvermeidung ausmacht, werden in der Deliberation eher Politikmixe mit einer Zielerreichung vorrangig durch den CO₂-Preis als am gerechtesten eingestuft. Dabei ist die Präferenz für Förderprogramme aus der Literatur bekannt²¹. Als sogenannte Pull-Maßnahme erfreuen sich Förderprogramme, die zu finanziellen Entlastungen führen, generell größerer Befürwortung als Push-Maßnahmen, die umweltschädliches Verhalten erschweren oder unattraktiver machen (Verbote oder höhere Steuern)²². Im Umkehrschluss bedeutet dies jedoch nicht, dass ein CO₂-Preis grundsätzlich abgelehnt wird — vielmehr ergibt sich die Akzeptanz von Klimapolitik gerade aus der Kombination von Förderung und CO₂-Bepreisung. Informationen, die die Finanzierung von Förderprogrammen (z. B. durch Steuern) transparent machen, was in der öffentlichen Darstellung oft im Hintergrund bleibt, führen entsprechend zu einer Präferenzverschiebung hin zu aus Klimaschutzperspektive kosteneffizienteren Maßnahmen wie dem CO₂-Preis. Monetäre Kosten allein scheinen für die Menschen demnach nicht ausschlaggebend für ihre Präferenz zu sein²³. Vielmehr spielen Faktoren wie Fairness, moralische und intrinsische Motivation, Identität und der Kontext eine Rolle für die Präferenzbildung²⁴.

In der Deliberation zeigten sich vor allem auch Gerechtigkeitsbedenken hinsichtlich der CO₂-Bepreisung. Insbesondere die hohe Belastung von einkommensschwächeren Personen sowie ein wahrgenommener Mangel an finanzieller Unterstützung bei der Umstellung auf klimafreundliches Verhalten sowie an klimafreundlichen Verhalten ermöglichender Rahmenbedingungen (z.B. Infrastruktur) trieben das Ungerechtigkeitsempfinden der Teilnehmenden (s. Kapitel 3.1)²⁵. Gleichzeitig belegen Studien die geringe Befürwortung des CO₂-Preises²⁶: In der jüngsten Befragung des Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers aus dem Jahr 2026 befürworten ihn nur 30 %, während nur 28 % von seiner Wirksamkeit zur Reduktion des generellen Energieverbrauchs ausgehen²⁷. Vor diesem Hintergrund überraschen der Wunsch im Survey-Experiment, mindestens ein Drittel der Emissionsvermeidung über dieses Instrument zu erreichen, und insbesondere die Präferenz für Politikmixe mit hohen CO₂-Preisen in beiden Online-Bürgerdialogen. Von drei Kleingruppen wurde sogar

²¹ Andreassen et al. (2024), Dechezleprêtre et al. (2025)

²² Habla et al. (2024), Hornberg et al. (2023)

²³ Gowdy (2008)

²⁴ Carlsson & Johansson-Stenman (2012)

²⁵ Ebersbach et al. (2026), Blesse et al. (2024), Detsch (2024), Coleman et al. (2023)

²⁶ Behringer et al. (2024), Hartmann et al. (2025)

²⁷ Ebersbach et al. (2026)

Politikmix 1 (hoher CO₂-Preis und geringe Förderung) favorisiert, der nahezu ausschließlich auf CO₂-Bepreisung (192 Euro je Tonne CO₂) setzt. Als maßgebliche Treiber dieser Befürwortung konnten die Lenkungswirkung und das angewendete Verursacherprinzip eruiert werden. Letzteres erfuhr in allen Deliberationen eine hohe Befürwortung, da die Teilnehmenden die finanzielle Belastung von klimaschädlichem Verhalten grundsätzlich für gerecht empfanden. Auch wenn viele Teilnehmende zu Beginn der Bürgerdeliberationen in 2024 keinen Effekt des aktuellen CO₂-Preises auf das eigene Verhalten berichteten, zeigten die steigenden Preise fossiler Energien durch geopolitische Krisen (wie z.B. die Sperrung der Straße von Hormus) zu Anfang des Jahres 2026 laut Erfahrungsberichten der Teilnehmenden Wirkung, z. B. durch Einschränkungen im Mobilitätsverhalten. Zudem ist die Umweltwirkung von Preisinstrumenten empirisch belegt und mitunter sogar größer als der Effekt von Marktpreisschwankungen²⁸. Gleichzeitig verstärkten diese Preisentwicklungen auch die Forderungen nach flankierenden, sozialpolitischen Maßnahmen: Während sich nach Ansicht der Bürgerinnen und Bürger vor allem einkommensstärkere Haushalte und Gewerbetreibende (durch steuerliche Vorteile) weiterhin klimaschädliches Verhalten leisten könnten, kämen einkommensschwache Personen bereits an ihre Belastungsgrenzen. Es bedürfe daher zielgerichteter Entlastungsmaßnahmen, wie sozial gestaffelter Fördersätze oder der Rückerstattung über ein Klimageld. Diese Entlastungen waren in allen Politikmischen der Deliberationen integral, was eine mögliche Erklärung für die hohe Befürwortung der CO₂-Bepreisung sein könnte. So zeigt auch eine andere Studie aus dem Ariadne-Projekt, wie bedeutend Rückverteilungsmechanismen der Einnahmen aus dem CO₂-Preis für die Akzeptanz sind²⁹.

Weiterhin spielt auch der Kontext der Deliberation eine Rolle für die Präferenz der Teilnehmenden. Einerseits lieferte der wissenschaftliche Input detaillierte Informationen über die Wirkweise der einzelnen Instrumente, insbesondere deren Verteilungswirkung, was den Fokus der Teilnehmenden weg von staatlichen oder individuellen Kosten hin zu Fragen sozialer Gerechtigkeit verschob. Damit bestätigen die Deliberationsergebnisse Befunde, wonach die Informationsgabe eine positive Wirkung auf die Akzeptanz des CO₂-Preises

²⁸ Basaglia et al. (2025)

²⁹ Frondel et al. (2022)

zeigt³⁰. Andererseits waren Teilnehmende aus höheren Einkommensgruppen in den Deliberationen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt überrepräsentiert, wodurch die Grenzen der Zumutbarkeit von Verteuerungen fossiler Energien (über den CO₂-Preis) nach oben verschoben sein könnten. Gleichzeitig nahmen etwas mehr Personen teil, die ein höheres Tempo in der Klimapolitik fordern. Diese progressivere Einstellung gegenüber dem Durchschnitt in Deutschland kann ebenfalls zu einer höheren Befürwortung von Push-Maßnahmen in Form des CO₂-Preises geführt haben.

³⁰ Dechezleprêtre et al. (2025), Maestre-Andrés et al. (2021)

6 Fazit

Klimaschutz erfordert erhebliche öffentliche und private Investitionen, deren Finanzierung unterschiedliche Bevölkerungsgruppen in unterschiedlichem Maße belastet. Entsprechend spielen Fragen danach, wer die Kosten der Transformation tragen soll und nach welchen Prinzipien diese verteilt werden, eine wichtige Rolle für die gesellschaftliche Unterstützung klimapolitischer Maßnahmen. Im Rahmen eines Survey-Experiments wurden daher Präferenzen für verschiedene Maßnahmenkombinationen unter Darstellung ihrer gesamtgesellschaftlichen Kosten untersucht. Ziel der Ariadne-Deliberation war es außerdem, Merkmale von Politikmaßnahmen gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren, Bedenken zu erkennen und in als fair und legitim wahrgenommene Politikmixe zu übersetzen. Die Untersuchung solcher Präferenzen trägt dazu bei, besser zu verstehen, welche Finanzierungsansätze gesellschaftlich anschlussfähig sind und unter welchen Bedingungen Bürgerinnen und Bürger bereit sind, die Kosten der Transformation mitzutragen. In diesem Bericht wurden daher zwei Online-Bürgerdialoge und ein Survey-Experiment im Rahmen des Kopernikus-Projekts Ariadne ausgewertet und deren Ergebnisse synthetisiert.

Sowohl die Ergebnisse der Bürgerdialoge als auch des Survey-Experiments deuten darauf hin, dass Menschen eine Kombination verschiedener klimapolitischer Instrumente präferieren³¹. Gleichzeitig werden Förderprogramme, auch unter Hervorhebung von deren Kosten, die in der öffentlichen Debatte meist im Hintergrund bleiben, unterstützt. Die Deliberation mit Bürgerinnen und Bürgern zeigt, dass Förderungen den Umstieg für bestimmte Bevölkerungsgruppen gezielt erleichtern sollten. Die aktuellen Ansätze der Bundesregierung, Förderungen aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) sozial zu staffeln und Familien stärker zu berücksichtigen, etwa beim Kauf eines E-Autos oder beim Einbau einer Wärmepumpe, scheinen aus Sicht der Teilnehmenden der Ariadne-Bürgerdeliberationen tragfähig zu sein. Nichtsdestotrotz zeigt sich auch hier in jüngster Kritik, dass eine zielgenaue Umsetzung von sozial gerechteren Maßnahmen in der Realität komplex ist³² und in Teilen einer Bürokratieminderung entgegensteht, die den Teilnehmenden der Deliberation ebenfalls wichtig war.

³¹ vgl. Flörchinger et al. (2025)

³² Der Spiegel (2026)

„Grundsätzlich vertraue ich Fördermitteln mehr als einem CO₂-Preis. Weil mein persönliches Gefühl ist, dass es eine stärkere Lenkungswirkung hat. Ich bin auch der Meinung, dass der Staat verantwortlich ist, zu helfen, wenn jemand eine Wärmepumpe möchte.“ Jüngere Frau im ersten Online-Bürgerdialog

Die Ergebnisse der Deliberation zeigen weiterhin, dass die Bewertung von Förderprogrammen stark von ihrer Finanzierung abhängt. Während im ersten Bürgerdialog die Finanzierung der Förderprogramme mit einer Mehrwertsteuererhöhung hohe Ablehnung verursachte, wurden Vorschläge zur Finanzierung über einen Klimasoli oder die Wiedererhebung der Vermögensteuer deutlich stärker befürwortet. Insbesondere die Anwendung des Prinzips der Zahlungsfähigkeit, d.h. mehr Lasten auf einkommensstarke und vermögende Haushalte zu verteilen, fand mehrheitlich Anklang. Eine weitere, aktuell politisch umgesetzte Möglichkeit ist die Finanzierung von Förderprogrammen über die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung, die bei der momentanen Höhe der CO₂-Preise jedoch nicht für umfassende Förderprogramme ausreichen. Befragungen zeigen jedoch, dass nur eine Minderheit der Bevölkerung den CO₂-Preis befürwortet³³. Überraschend hoch war dagegen in den Deliberationen die Beliebtheit von Politikmixin, die auf einen mittleren bis sehr hohen CO₂-Preis setzen. Als Gründe für deren Beliebtheit wurden die Anwendung des Verursacherprinzips, die ökologische Lenkungswirkung und die Einführung sozialer Ausgleichsmechanismen z.B. durch das Klimageld identifiziert. Das Klimageld war in den diskutierten Politikmixin mit hohen CO₂-Preisen inhärenter Bestandteil der Klimapolitik und wurde von den Teilnehmenden mehrheitlich befürwortet. Es gab jedoch keine Mehrheit für ein sozial gestaffeltes Klimageld. Kritische Stimmen befürworteten eher eine regionale Differenzierung (s. österreichischer Klimabonus³⁴) oder Investitionen in öffentliche Infrastruktur. Studien zeigen, dass die wahrgenommene Verteilungswirkung, individuelle Gerechtigkeitsüberlegungen sowie die Effektivität der Maßnahme die Akzeptanz des CO₂-Preises maßgeblich bestimmen³⁵. Durch die Fixierung der Emissionseinsparungen (nach den Klimazielen 2030) konnte in der deliberativen Auseinandersetzung auf Fragen der Verteilungsge-

³³ Ebersbach et al. (2026), Behringer et al. (2024), Hartmann et al. (2025)

³⁴ Der österreichische Klimabonus wurde von 2022 bis 2024 gezahlt und gliederte sich in einen pauschalen Sockelbetrag, den alle Haushalte erhielten sowie einem gestaffelten Regionalausgleich, der sich in seiner Höhe nach Wohnort und der regionalen Erreichbarkeit des öffentlichen Personennahverkehrs richtete. Ab 2024 wurde der Bonus zudem einkommensabhängig gestaffelt (Informationen und Services der österreichischen Verwaltung, o. J.).

³⁵ Kellner et al. (2025), Huttarsch und Matthies (2024), Sommer et al. (2022), Frondel et al. (2022)

rechtigkeit fokussiert werden. Dabei wurde deutlich, dass die Akzeptanz für die CO₂-Bepreisung sehr hoch sein kann, sofern die Menschen über soziale Ausgleichsmechanismen mitbestimmen können.

Seit dem Frühjahr 2026 wird politisch diskutiert, ob Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung vollständig für Klimaschutz und Entlastungen verwendet oder teilweise zur Finanzierung des allgemeinen Bundeshaushalts genutzt werden sollen. Kritische Stimmen sehen darin einen Vertrauensverlust, weil ursprünglich eine stärkere Zweckbindung der Einnahmen angekündigt worden war. Die Zweckbindung von neuen Kosten und Gebühren wurde im Rahmen der Bürgerdialoge auch in den anderen Themenbereichen immer wieder als Kriterium für Akzeptanz angeführt. Gleichzeitig führte die politische Entscheidung, den CO₂-Preis zwischenzeitlich weniger stark steigen zu lassen als ursprünglich erwartet, zu geringeren Einnahmen des KTF. Dabei sind aus Sicht der teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger die aus dem KTF finanzierten Förderprogramme für die Transformation wichtig. Gleichzeitig verwiesen die Teilnehmenden auf Transparenz und Kontinuität politischer Entscheidungen, um Vertrauen (wieder) zu gewinnen. Vor diesem Hintergrund könnte eine Schwächung der Finanzierungsbasis von klimapolitischen Förderprogrammen auf Ablehnung stoßen. Dass der Klimaschutz in öffentlichen Diskursen angesichts wirtschaftlicher Sorgen zunehmend in den Hintergrund zu treten scheint, steht im Kontrast zum Wunsch der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nach weiteren Anstrengungen in der Klimapolitik. In verunsichernden Zeiten könnte daher ein entsprechendes Signal besonders problematisch sein³⁶.

Zusammenfassend verdeutlichen die vorliegenden Ergebnisse den Mehrwert von deliberativen Auseinandersetzungen mit Bürgerinnen und Bürgern zu klimapolitischen Themen: Sie helfen, die Begründungen hinter selbstberichteten Präferenzen (in Surveys) besser zu verstehen und Argumentationslinien – auch für die politische Kommunikation – sichtbar zu machen. Der Prozess hat das hohe Bedürfnis der Teilnehmenden nach Informationen, um eine fundierte Meinungsbildung zu ermöglichen, verdeutlicht. Wie auch auf politischer Ebene wurde intensiv über die Vor- und Nachteile der einzelnen Instrumente und Politikmixe diskutiert, wobei teilweise Kompromisse geschlossen werden konnten, teilweise aber

³⁶ Ebersbach et al. (2026)

auch keine Einigung möglich war. Das Feedback der Teilnehmenden zeigt, dass Diskussionen über klimapolitische Instrumente einen hohen Grad an Komplexität aufweisen, der fachlichen Inputs und ausreichender zeitlicher Ressourcen bedarf. Die Ergebnisse legen nahe, deliberative Beteiligungsformate als sinnvolle Ergänzung zu repräsentativen Befragungen zu verstehen, um neben Präferenzen auch die dahinterliegenden Wertvorstellungen, Abwägungen und Gerechtigkeitsüberlegungen systematisch in die Ausgestaltung klimapolitischer Maßnahmen einzubeziehen. Eine gesellschaftlich tragfähige Klimapolitik erfordert nicht nur wirksame Instrumente, sondern auch Räume für Information, Abwägung und Dialog, in denen Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit erhalten, komplexe politische Entscheidungen gemeinsam zu reflektieren und im Idealfall auch mitzugestalten.

Literatur

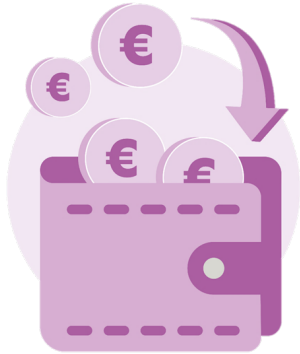
- Andreassen, G. L., Kallbekken, S., & Rosendahl, K. E. (2024). Can policy packaging help overcome Pigouvian tax aversion? A lab experiment on combining taxes and subsidies. *Journal of Environmental Economics and Management*, 127, 103010.
- Behringer, J., Endres, L., & Korsinnek, M. (2024). CO₂-Bepreisung: Akzeptanz und Kostenwahrnehmung nach der Preiserhöhung 2024. Erkenntnisse aus einer Online-Umfrage. IMK Policy Brief.
- Blesse, S., Dietrich, H., Necker, S., & Zürn, M. K. (2024). Wollen die Deutschen beim Klimaschutz Vorreiter sein und wenn ja, wie? Maßnahmen aus Bevölkerungsperspektive. *ifo Schnelldienst*, 77(01), 39–43.
- Bundesministerium der Finanzen. (2026a). Klima- und Transformationsfonds—Bundeshaushalt—Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität. Bundeshaushalt. Abgerufen am 8. August 2026, von <https://www.bundeshaushalt.de/DE/SVIK/KTF/klima-und-transformationsfonds.html>
- Bundesministerium der Finanzen. (2026b). Sondervermögen—Bundeshaushalt—Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität. Bundeshaushalt. Abgerufen am 8. August 2026, von <https://www.bundeshaushalt.de/DE/SVIK/sondervermoegen-infrastruktur-klimaneutralitaet.html>
- Carlsson, F., & Johansson-Stenman, O. (2012). Behavioral economics and environmental policy. *Annu. Rev. Resour. Econ.*, 4(1), 75–99.
- Coleman, E. A., Harring, N., & Jagers, S. C. (2023). Policy attributes shape climate policy support. *Policy Studies Journal*, 51(2), 419–437.
- Dechezleprêtre, A., Fabre, A., Kruse, T., Planterose, B., Sanchez Chico, A., & Stantcheva, S. (2025). Fighting climate change: International attitudes toward climate policies. *American Economic Review*, 115(4), 1258–1300.
- Der Spiegel. (2026, August 10). E-Auto-Förderung: Staatliche Zuschüsse fließen auch in Luxusmodelle. *Der Spiegel*. Abgerufen am 8. August 2026, von <https://www.spiegel.de/wirtschaft/service/e-auto-foerderung-staatliche-zuschuesse-fliessen-auch-in-luxusmodelle-a-aa42b17a-2b35-464a-b236-04eb1d41e97e>
- Detsch, C. (2024). Des Klimas Gretchenfragen: Wie sich beim sozial-ökologischen Umbau gesellschaftliche Barrieren überwinden und skeptische Milieus an Bord holen lassen: Internationaler Vergleich. Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Ebersbach, B., Huttarsch, J.-H., Meisiek, A., Körfer, M., & Schulze Marquading, L. (2026). Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Transformation: Jahresbericht 2026. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). <https://doi.org/10.11586/2026120>
- Edenhofer, O., Kowarsch, M., Weingart, P., & Wagner, G. G. (2015). Ausbruch aus dem stahlharten Gehäuse der Hörigkeit: Ein neues Modell wissenschaftlicher Politikberatung. In *Wissenschaftliche Politikberatung im Praxistest* (S. 83–106). https://publications.pik-potsdam.de/pubman/faces/ViewItemFullPage.jsp?itemId=item_20605
- Ehni, E. (2023, April 6). ARD-DeutschlandTrend: Klimawandel als wichtigstes Problem. *tagesschau.de*. Abgerufen am 8. August 2026, von <https://www.tagesschau.de/inland/deutschland-trend/deutschlandtrend-3339.html>
- Flörchinger, D., Perino, G., Frondel, M., & Jarke, J. S. (2025). Let your choice be your voice: Eliciting popular climate policy preferences from decisions with real consequences (Ruhr Economic Papers Nr. 1174). RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung. <https://doi.org/10.4419/96973359>
- Frick, M., & Huwe, V. (2020). Klimapolitik zwischen Markt, Deliberation und Hegemonie: Der Emissionshandel und das Politische. ZEW Discussion Papers.
- Frondel, M., Helmers, V., Mattauch, L., Pahle, M., Sommer, S., Schmidt, C. M., & Edenhofer, O. (2022). Akzeptanz der CO₂-Bepreisung in Deutschland: Die große Bedeutung einer Rückverteilung der Einnahmen. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 23(1), 49–64.

- Gies, K., & Deutschmann, E. (2026). As the planet heats, public doubt grows: The social structure behind rising climate change scepticism in Germany. *Global Environmental Change*, 100, 103202. <https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2026.103202>
- Gowdy, J. M. (2008). Behavioral economics and climate change policy. *Journal of Economic Behavior & Organization*, 68(3–4), 632–644.
- Grelle, S., & Hofmann, W. (2024). When and why do people accept public-policy interventions? An integrative public-policy-acceptance framework. *Perspectives on Psychological Science*, 19(1), 258–279.
- Habla, W., Kokash, K., Löfgren, Å., Straubinger, A., & Ziegler, A. (2024). *Fördern oder Verbieten? Welche klimafreundlichen Verkehrspolitik in der Bevölkerung ankommen*. ZEW policy brief.
- Hartmann, E., Redenius, P., van Stuyvenberg, P., Wilkens, M., & Heinrichs, H. (2025). *Transformationsbarometer 2025: Perspektiven der Bevölkerung auf Transformation und Nachhaltigkeit*.
- Hornberg, C., Kemfert, C., Dornack, C., Köck, W., Lucht, W., Settele, J., & Töller, A. E. (2023). *Politik in der Pflicht: Umweltfreundliches Verhalten erleichtern*.
- Huttarsch, J.-H., & Matthies, E. (2024). Perceived carbon pricing effectiveness impacts its perceived fairness – Applying and extending a theoretical framework. *Journal of Environmental Psychology*, 97, 102356. <https://doi.org/10.1016/j.jenvp.2024.102356>
- Informationen und Services der österreichischen Verwaltung. (o. J.). *Klimabonus*. Abgerufen 3. September 2026, von https://www.oesterreich.gv.at/de/themen/umwelt_und_klima/klima_und_umweltschutz/klimabonus
- Kalkuhl, M., Edenhofer, O., & Lessmann, K. (2013). Renewable energy subsidies: Second-best policy or fatal aberration for mitigation? *Resource and Energy Economics*, 35(3), 217–234. <https://doi.org/10.1016/j.reseneeco.2013.01.002>
- Kalkuhl, M., Kellner, M., Peichl, A., Rütten, K., & Windsteiger, L. (2026). *Preferences and willingness to pay for climate policy mixes*. <https://doi.org/10.1257/rct.13909-1.0>
- Kellner, M., Rütten, K., Geiger, M., Jenny, M. A., Lehrer, L., Temme, H., & Betsch, C. (2025). Boosting public support for climate policy through information provision: Insights from German survey experiments. *npj Climate Action*, 4(1), 112.
- Lang, C., Weir, M., & Pearson-Merkowitz, S. (2021). Status quo bias and public policy: Evidence in the context of carbon mitigation. *Environmental Research Letters*, 16(5), 054076.
- Maestre-Andrés, S., Drews, S., Savin, I., & van den Bergh, J. (2021). Carbon tax acceptability with information provision and mixed revenue uses. *Nature Communications*, 12(1), 7017. <https://doi.org/10.1038/s41467-021-27380-8>
- Pietzcker, R. C., Osorio, S., & Rodrigues, R. (2021). Tightening EU ETS targets in line with the European Green Deal: Impacts on the decarbonization of the EU power sector. *Applied Energy*, 293, 116914. <https://doi.org/10.1016/j.apenergy.2021.116914>
- Samuelson, W., & Zeckhauser, R. (1988). Status quo bias in decision making. *Journal of risk and uncertainty*, 1(1), 7–59.
- Sommer, S., Mattauch, L., & Pahle, M. (2022). Supporting carbon taxes: The role of fairness. *Ecological Economics*, 195, 107359. <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2022.107359>
- Treichel-Grass, K. (2026). *Zeitung zum Bürgergipfel: Ergebnisse der Ariadne-Bürgerdeliberation 2023-2026*. ARIADNE. Kopernikus-Projekt Ariadne.
- Treichel-Grass, K., Wolf, I., Rütten, K., Kellner, M., Hoff, L., & Steidle, D. (2025). Report: Bürgerperspektiven auf Finanzierungsfragen und Verteilungsgerechtigkeit von Klimapolitik–Ergebnisse der Ariadne Bürgerkonferenz 1./2. Juni 2024. ARIADNE. Kopernikus-Projekt Ariadne, Potsdam. DOI, 10.
- Umweltbundesamt. (2026, Juli 2). *Treibhausgas-Emissionen in Deutschland*. Umweltbundesamt. Abgerufen am 8. August 2026, von <https://www.umweltbundesamt.de/daten/umweltzustand-trends/klima/treibhausgas-emissionen-in-deutschland>
- Van Der Ploeg, F., Rezai, A., & Reanos, M. T. (2022). Gathering support for green tax reform: Evidence from German household surveys. *European Economic Review*, 141, 103966.

Anhang

Anhang A – Die Instrumentensteckbriefe

Förderprogramme



- Ziel: die **Anschaffung klimafreundlicher Alternativen attraktiver** machen
- Beispiele:
 - Zuzahlungen für Heizungen, die mit erneuerbaren Energien betrieben werden
 - Vergünstigte Tickets für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)
 - Kaufprämien für E-Autos
- **Zusätzlicher Finanzierungsbedarf** muss gedeckt werden über:
 - Steuererhöhungen
 - Neuverschuldung
 - Einsparungen

Ordnungsrecht



- Standards und Verbote
- **Verpflichten Bürger*innen und Unternehmen:**
 - die **Nutzung klimaschädlicher Technologien einzuschränken** oder
 - auf **klimafreundliche Alternativen umzusteigen**
- Beispiele:
 - Energieeffizienzstandards im Neubau
 - Verbot zur Neuinstallation von Ölkesseln
 - Verbot des Neukaufs von Verbrenner-Pkw
- **Keine direkten Kosten oder Einnahmen** für den Staat

CO₂-Preis



- Macht Erdgas, Benzin, Diesel und Heizöl teurer
- ➔ **Lenkung hin zu klimafreundlichen Alternativen**, zum Beispiel:
 - Klimafreundliche Heiztechnologien werden attraktiver im Vergleich zur Öl- oder Gasheizung
 - Öffentliche Verkehrsmittel und E-Autos werden attraktiver im Vergleich zu Fahrten mit dem Verbrenner-Auto
- Möglichkeiten, die staatlichen Einnahmen aus dem CO₂-Preis zu nutzen:
 - **Entlastung** der Bürger*innen und Unternehmen durch **direkte Rückerstattung**
 - Zur **Finanzierung** anderer öffentlicher Ausgaben

Abbildung 10. Steckbriefe der diskutierten Instrumente Förderprogramme, Ordnungsrecht und CO₂-Bepreisung (eigene Darstellung).

Anhang B – Politikinstrumente und deren Verteilungswirkung

Die **CO₂-Bepreisung** sorgt dafür, dass CO₂-intensive Produkte wie z.B. fossile Kraftstoffe (Benzin und Diesel) oder Brennstoffe (Gas und Öl zum Heizen) teurer werden. Der durch das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) festgelegte CO₂-Preis bewirkt im Jahr 2026 bei Benzin einen Aufschlag von rund 17 Cent CO₂-Preis pro Liter (bei einem derzeitigen CO₂-Preis von 55-65 Euro pro Tonne). Somit weist der CO₂-Preis eine Lenkungswirkung auf: Es wird attraktiver, auf Technologien zu wechseln, die erneuerbare Energie einsetzen, sei es beim Heizen oder in der Mobilität. Die CO₂-Bepreisung belastet Menschen je nach CO₂-Konsum und entspricht dabei dem Verursacherprinzip: Wer viel CO₂ produziert, zahlt auch viel. Der Preis soll sich perspektivisch am Markt im Rahmen des EU-ETS2 bilden, der neben Angebot und Nachfrage durch Preisstabilitätsmechanismen bestimmt wird. Die staatlichen Einnahmen aus dem CO₂-Preis können auf vielfältige Weise genutzt werden, etwa als kompensierende Rückerstattung an Bürgerinnen und Bürger.

Die Einnahmen aus dem CO₂-Preis können aber auch zur Finanzierung von **Förderprogrammen** genutzt werden. Bei Förderungen unterstützt der Staat die Investition in bestimmte klimafreundliche Technologien. Sowohl Unternehmen als auch Haushalte können Förderungen beantragen (bspw. die zu Beginn 2026 eingeführte sozial gestaffelten Förderung zur Anschaffung von elektrisch betriebenen Fahrzeugen (E-Auto-Förderung) vom Bundesumweltministerium). Förderprogramme machen klimafreundliche Technologien günstiger und damit attraktiver im Vergleich zu fossilen Alternativen. Sie ermöglichen damit einem größeren Teil der Bevölkerung Zugang zu diesen Technologien. Je nach Ausgestaltung der Programme können sie das Bedarfsprinzip unterstützen, indem sie vor allem Menschen mit geringem Einkommen fördern. Werden jedoch nur teure Investitionen bezuschusst, profitieren davon eher Haushalte mit höherem Einkommen. Förderungen gehen außerdem mit erheblichen staatlichen Ausgaben einher, die finanziert werden müssen. Neben dem CO₂-Preis kommen hier Steuererhöhung, Verschuldung oder Kürzung bei anderen Staatsausgaben infrage.

Der Staat kann weiterhin zur Senkung des Treibhausgasausstoßes auf **gesetzliche Vorschriften und Regeln** setzen. Sogenannte ordnungsrechtliche Maßnahmen sollen den Umstieg auf klimaneutrale Technologien und klimafreundliches Verhalten im Alltag verbindlich voranbringen. Die Maßnahmen können von Effizienzstandards bei der Anschaffung einer neuen Heizung über Einbaupflichten von Solaranlagen in Neubauten bis hin zu Verboten von bestimmten Produkten oder Verhaltensweisen (Tempolimit) reichen. Ordnungsrechtliche Maßnahmen verursachen (mit Ausnahme von Kontrollkosten) keine direkten Kosten für den Staatshaushalt, betreffen aber je nach Ausgestaltung unterschiedliche Personengruppen (Autofahrende, Menschen mit Wohneigentum, Mietende, etc.). Für eine detaillierte Analyse von Effizienz, Verteilungs- und Akzeptanzeffekten der Instrumente siehe Kellner et al. (2026).

Anhang C – Darstellung der durchschnittlichen monatlichen Mehrkosten je Politikmix

Die finanziellen Auswirkungen der verschiedenen Politikmixe – einschließlich der jeweiligen Finanzierungsoptionen – wurden anhand eines durchschnittlichen Haushalts dargestellt. Die Teilnehmenden erhielten für jeden Politikmix die jeweils verursachten monatlichen Mehrkosten tabellarisch nach Finanzierungsform (Mehrwertsteuererhöhung im Online-Bürgerdialog 2025; Klimasoli und Vermögensteuer in 2026).

Die Änderung der Finanzierungsinstrumente zwischen dem Online-Bürgerdialog 2025 und 2026 wirkte sich auch die Belastung für einen Durchschnittshaushalt aus. Bei Finanzierung von Politikmix 3 über einen Klimasoli und die Einführung einer Vermögensteuer (Freibetrag von 20 Mio. Euro) wäre die monatliche Entlastung gegenüber der Finanzierung über eine Mehrwertsteuererhöhung 81 Euro pro Monat. Die Finanzierung von Politikmix 4 mittels eines Klimasolis in Kombination mit einer Vermögensteuer (5 Mio. Euro Freibetrag) würde einen Durchschnittshaushalt sogar um 105 Euro monatlich entlasten im Vergleich zur Mehrwertsteuer (s. Abbildung 11).

Politikmix 1: Hoher CO₂-Preis und geringe Förderung

 **CO₂-Preis** steigt von 55 € pro Tonne auf 192 € pro Tonne

 **Förderprogramme** für Heizen und Verkehr mit jährlichem Budget von 6 Milliarden €

 Keine zusätzlichen **ordnungsrechtlichen** Vorschriften

Monatliche Mehrkosten POLITIKMIX 1 im Vergleich zu 2025 für Durchschnittshaushalt	
 ... für Heizen (Öl & Gas)	-47 €
 ... für Mobilität (Benzin & Diesel)	- 30 €
 ... durch höhere MwSt.	0 € (bleibt bei 19%)
 Klimageld	+26 €
Optionen ☐ Höhere Fördersätze für Geringverdiener*innen ☐ Es sollte eine andere Steuer erhöht werden ☐ Klimageld nur für Geringverdiener*innen statt pauschal	

Politikmix 2: Mittlerer CO₂-Preis und mittlere Förderung

 **CO₂-Preis** steigt von 55 € pro Tonne auf 131 € pro Tonne

 **Förderprogramme** für Heizen und Verkehr mit jährlichem Budget von 30 Milliarden €

 Keine zusätzlichen **ordnungsrechtlichen** Vorschriften

Monatliche Mehrkosten durch Politikmix 2 im Vergleich zu 2025 für Durchschnittshaushalt		
	Alte Option	Neue Option
 ... für Heizen (Öl & Gas)	- 27 €	- 27 €
 ... für Mobilität (Benzin & Diesel)	- 17 €	- 17 €
 ... durch höhere MwSt.	- 48 € (steigt auf 21,1%)	
 ... durch Klimasoli von 3 % für alle Einkommensteuerpflichtige		- 20 € Neu

Politikmix 3: Niedriger CO₂-Preis und hohe Förderung



CO₂-Preis steigt von 55 € pro Tonne auf 93 € pro Tonne



Förderprogramme für Heizen und Verkehr mit jährlichem Budget von 45 Milliarden €



Keine zusätzlichen **ordnungsrechtlichen** Vorschriften

Monatliche Mehrkosten durch Politikmix 3
im Vergleich zu 2025 für Durchschnittshaushalt

	Alte Option	Neue Option
... für Heizen (Öl & Gas)	-14 €	-14 €
... für Mobilität (Benzin & Diesel)	-9 €	-9 €
... durch höhere MwSt. (steigt auf 23,4%)	-101 €	⊘
... durch Klimasoli von 3 % für alle Einkommensteuerpflichtige	⊘	-20 €
... durch 1% Vermögensteuer für Haushalte mit mehr als 20 Mio. €	⊘	0 €

Neu
Neu

Politikmix 4: Förderung und Ordnungsrecht



CO₂-Preis bleibt bei 55 € pro Tonne



Förderprogramme für Heizen und Verkehr mit jährlichem Budget von 50 Milliarden €

Ordnungsrechtliche Vorschriften:



- Keine Neuzulassung von Verbrenner-PKW ab 2030
- Heizungen müssen zu mindestens 65 % mit nicht-fossilen Energien betrieben werden

Monatliche Mehrkosten durch Politikmix 4
im Vergleich zu 2025 für Durchschnittshaushalt

	Alte Option	Neue Option
... für Heizen (Öl & Gas)	0 €	0 €
... für Mobilität (Benzin & Diesel)	0 €	0 €
... durch höhere MwSt. (steigt auf 24,6%)	-125 €	⊘
... durch Klimasoli von 3 % für alle Einkommensteuerpflichtige	⊘	-20 €
... durch 1% Vermögensteuer für Haushalte mit mehr als 5 Mio. €	⊘	0 €

Neu
Neu

Abbildung 11. Beispielhafte Ansicht der Politikmixe im ersten (Politikmix 1) und zweiten (Politikmix 2 bis 4) Online-Bürgerdialog.

Anhang D – Beispielhaushalte (Personas)

Disclaimer: Personas sind beispielhafte Visualisierungen der Auswirkungen der Politikmixe. Es sind Verbrauchs- und Steuerkonstellationen möglich, die die unten angegebenen Belastungen verschieben würden.

Zur Veranschaulichung der Vermögensteuer wurden drei Personen mit einem Vermögen von 220.000 €, 2,1 Mio. € und 11 Mio. € vorgestellt. Bei einem Steuersatz von 1 % und einem Freibetrag von 2 Mio. € ergibt sich eine jährliche Belastung von 90.000 € für die vermögendste und 1.000 € für die mittlere Person; bei einem Freibetrag von 5 Mio. € ist nur noch die vermögendste Person mit 60.000 € betroffen. Die vermögensärmste Person ist in keiner Variante direkt betroffen. Analog wurden vier Haushalte mit unterschiedlich hohem Einkommen dargestellt, um die aus der Einkommensteuer abgeleitete Belastung durch den Klimasoli zu illustrieren (s. Abbildung 12).

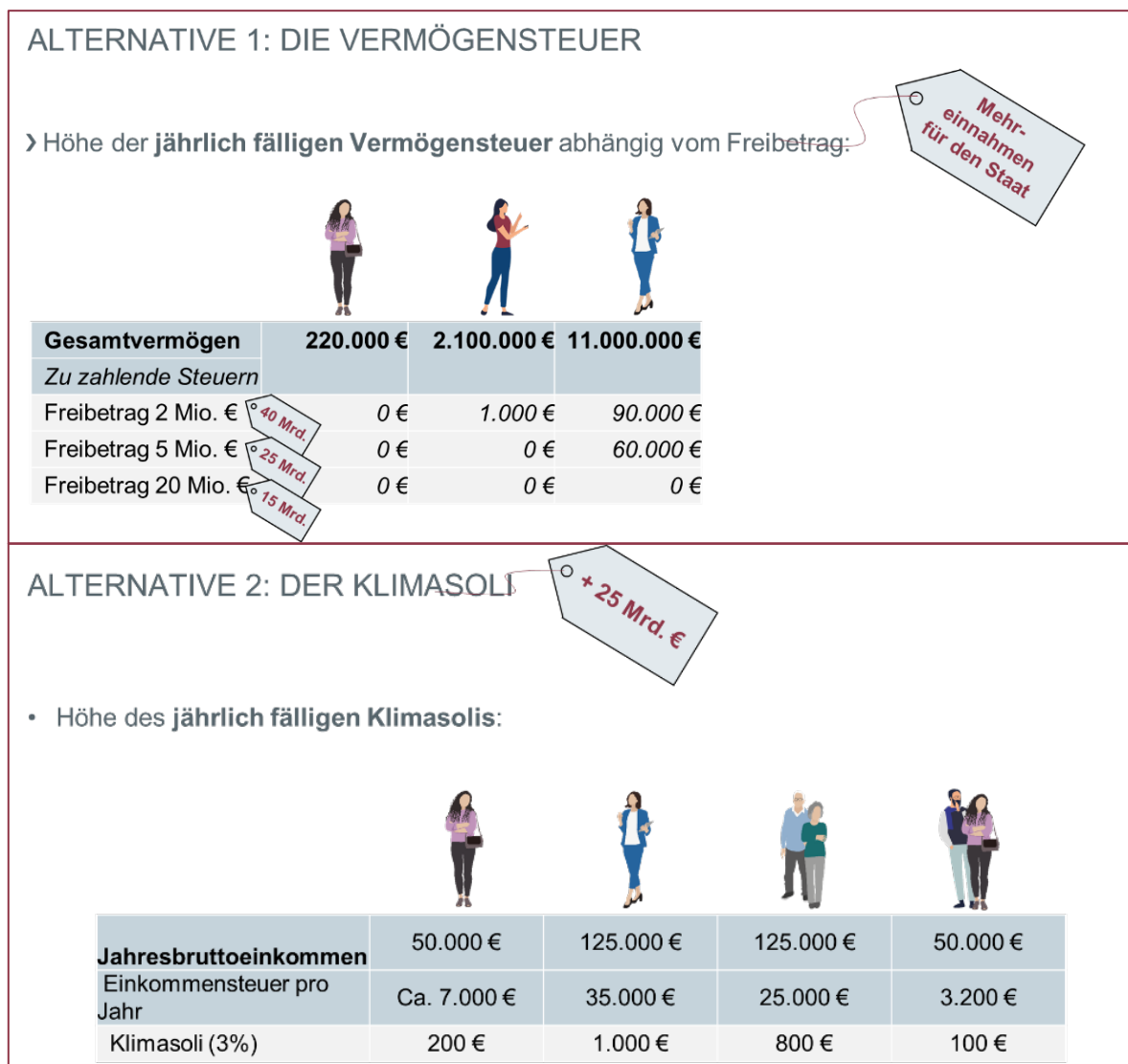


Abbildung 12. Illustration der Belastung durch eine Vermögensteuer mit steigenden Freibeträgen und durch einen Klimasoli.

Anhang E – Berechnung der Emissionseinsparungen

Jeder Politikmix musste die Differenz zwischen den Treibhausgasemissionen in 2022 und den gesetzten Emissionszielen einsparen. Die prognostizierten Restemissionen im Wohnungssektor orientieren sich an den Zielvorgaben des deutschen Klimaschutzgesetzes (KSG)³⁷. Bis 2030 sollen die Emissionen auf 66 Mt CO₂ sinken. Ausgehend von den Emissionen des Jahres 2022 ergibt sich daraus eine Reduktionslücke von 46 Mt CO₂. Da 91 % des Gebäudebestands auf private Wohngebäude entfallen, beträgt die für den Wohnheizungssektor relevante Emissionslücke 41,7 Mt CO₂.

Im Modell wird angenommen, dass das KSG-Ziel 2030 bei einem CO₂-Preis von 207 €/t erreicht wird (der konsistente CO₂-Zielpreis für 2030 wird anhand des integrierten Bewertungsmodells „REMIND-EU“ ermittelt (zum zugrunde liegenden Modell s. Pietzcker et al. (2021))). Als Ausgangspunkt dient der CO₂-Preis von 55 €/t im Jahr 2024. Auch bei einem vollständig subventionsbasierten Politikmix bleibt dieser CO₂-Preis bestehen. Steigt der CO₂-Preis weniger stark an, führt dies zu verbleibenden Emissionen, die durch grüne Subventionen als alternatives Minderungsinstrument kompensiert werden. Der Zeitraum 2024–2030 wird dabei aus Gründen der Verständlichkeit als einheitlicher Zeitraum modelliert: Anstelle jährlich variierender CO₂-Preise und Emissionsreduktionen wird eine einmalige Einnahme aus der CO₂-Bepreisung sowie eine einmalige Emissionsminderung betrachtet. Die zur Finanzierung der Subvention erforderliche Mehrwertsteuererhöhung wird auf der Grundlage der Preiselastizitäten aus Van Der Ploeg et al. (2022) berechnet. Eine detaillierte Beschreibung der Berechnungsgrundlage findet sich in Kalkuhl et al. (2026).

³⁷ Umweltbundesamt (2026)



Der rote Faden durch die Energiewende: Das Kopernikus-Projekt Ariadne führt durch einen gemeinsamen Lernprozess mit Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, um Optionen zur Gestaltung der Energiewende zu erforschen und politischen Entscheidern wichtiges Orientierungswissen auf dem Weg zu einem klimaneutralen Deutschland bereitzustellen.

Folgen Sie dem Ariadnefaden:



@ariadneprojekt.bsky.social



Kopernikus-Projekt Ariadne



ariadneprojekt.de

Mehr zu den Kopernikus-Projekten des BMFTR auf kopernikus-projekte.de

Wer ist Ariadne? In der griechischen Mythologie gelang Theseus durch den Faden der Ariadne die sichere Navigation durch das Labyrinth des Minotaurus. Dies ist die Leitidee für das Energiewende-Projekt Ariadne im Konsortium von 26 wissenschaftlichen Partnern. Wir sind Ariadne:

adelphi | Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg (BTU) | Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) | Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) | Ecologic Institute | Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit – Helmholtz-Zentrum Potsdam (RIFS) | Fraunhofer Cluster of Excellence Integrated Energy Systems (CINES) | Hertie School | ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München | Institut der deutschen Wirtschaft Köln | Julius-Maximilian-Universität Würzburg | Öko-Institut | Potsdam-Institut für Klima-folgenforschung (PIK) | RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung | Stiftung Umweltenergierecht | Stiftung Wissenschaft und Politik | Technische Universität Berlin | Technische Universität Darmstadt | Technische Universität München | Technische Universität Nürnberg | Universität Duisburg-Essen | Universität Greifswald | Universität Hamburg | Universität Potsdam | Universität Stuttgart – Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung (IER) | ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung